

Vertraulich!

Kabinettsprotokoll Nr. 112
vom 1. Oktober 1919.

Anwesend:

Präsident *S e i t z* und sämtliche Kabinettsmitglieder, ausgenommen Vizekanzler *F i n k* (beurlaubt) und Staatssekretär *D r. D e u t s c h* ;

ferner die Unterstaatssekretäre *G l ö c k e l*, *M i k l a s*, *P f l ü g l*, *D r. R e s c h*, *D r. T a n d l e r* und *D r. W a i s s*.¹

Zugezogen:

Vom Staatsamt für Finanzen: Sektionschef *D r. G r i m m*.

Vorsitz:

Staatskanzler *D r. R e n n e r*.

Dauer: 15.00 – 20.45

Reinschrift (2 Seiten), Konzept, stenographische Mitschrift

Streng vertraulicher Anhang (61 Seiten)

Diskussion über den von StSekt. Dr. Josef Schumpeter am 20. September vorgetragenen Finanzplan

Inhalt:

Diskussion über den Finanzplan

Über den von Staatssekretär *D r. S c h u m p e t e r* in der Sitzung des Kabinettsrates am 29. September d.J. dargelegten Finanzplan entwickelt sich eine eingehende Debatte, an welcher sich außer dem Vorsitzenden noch die Staatssekretäre *D r. B a u e r*, *D r. S c h u m p e t e r*, *S t ö c k l e r*, *E l d e r s c h*, *H a n u s c h*, *D r. L o e w e n f e l d - R u s s* und *P a u l* sowie die Unterstaatssekretäre *D r. R e s c h* und *M i k l a s* beteiligten. Die Ausführungen der einzelnen Redner tragen streng vertraulichen Charakter. Die Niederschrift

¹ Der Schriftführer wurde nicht als anwesend verzeichnet.

der Diskussion erliegt in einer Ausfertigung in der Staatskanzlei.

Streng vertraulicher Anhang

zum

Kabinettsprotokoll Nr. 112

vom 1. Oktober 1919.

Diskussion über den Finanzplan.



Schumpeter :

Als Richtlinien für die heutige Diskussion möchte ich die Hauptgrundsätze der kürzlich vorgestellten Maßnahmen finanzpolitischer Natur in folgende Gruppen zusammenfassen :

1. Absolute Vermeidung des Staatsbankrotts in welcher Form immer, sei es direkt die Repudiation der Staatschuld, sei es eine Zwangsanleihe-konvertierung oder eine Spezialbesteuerung.

2. Vermeidung jeder neuen Notenausgabe.

3. Beides wird dadurch ermöglicht, dass man die vorhandene Geldentwertung annimmt, alle Einkommen, der Unternehmer, Arbeiter, Angestellten und der Land- und Forstwirtschaft auf sie einstellt und auch die erforderliche Seite des Budgets darnach einrichtet, dass die Staatseinnahmen auf die den gesunkenen Geldwert entsprechende Höhe gebracht werden.

4. Das Problem der Beschaffung ausländischer Kredite. Der Auslandskredit ist absolut notwendig und das wichtigste Problem, zumal heute auch ein innerer Kredit kaum mehr zu finden ist.

Ausserdem wäre die Zweitteilung : a) Das definitive Budget in 4 Jahren und b) die Frage der augenblicklichen Notwendigkeiten auseinanderzuhalten.

Ich habe mich bemüht, einen politisch möglichen Finanzplan aufzustellen. In meinen Ausführungen von vorgestern habe ich mich unverantwortlich wenig mit der Vermögensabgabe beschäftigt. Der Grund liegt aber nur darin, dass darüber bereits ein besonderer Kabinettsrat stattgefunden hat und ein weiterer über ihre Einzel-



heute noch stattfinden muss.

R e n n e r :

Ich habe den Eindruck, dass der vorgelegte Finanzplan eigentlich kein Plan, sondern nur eine Anleitung ist und der *deus ex machina*, der die Finanzen finanzieren soll, ausserhalb des Planes liegt, nämlich in der Geldentwertung, indem man sich vorstellt, dass das Problem durch die Geldentwertung bereits selbsttätig gelöst wurde, wir daher die Tatsachen zu akzeptieren und einfach ein Multiplikationsexemplar mit 10 auszuführen haben. Ich habe den Eindruck, dass der Plan die große reale Umwälzung der Geldentwertung quittiert, ohne sich zu fragen, ob der Prozess hingenommen werden kann oder ob er nicht die schwersten Erschütterungen im Gefolge haben muss. Ausserdem habe ich den Eindruck, dass der Plan im ersten Teil im wesentlichen auf einer Prophezeiung beruht, nämlich dass in 4 Jahren der Geldwert der Krone auf 10 Centimes stehen wird und wir uns darauf einrichten sollen. Tatsächlich haben wir aber nicht die Gewissheit, ob das so sein wird und ob es wünschenswert ist, ich weiss nicht, ob wir diese Entwicklung wünschen oder sie bekämpfen sollen. Dem Plan ist der augenblickliche Stand der Krone zugrundegelegt, wie er sich aus den Zufälligkeiten der gegenwärtigen Zahlungsbilanz ergibt. Ich meine aber, dass dieser Wechselkurs nicht massgebend sein kann für den inneren Wert der Krone, weil die Bilanz des auswärtigen Zahlungsverkehres eine Zufälligkeit ist und sich bei veränderter Wirtschaftslage ebenfalls verändert.



Was den zweiten Teil anlangt, die Aufgabe der Übergangswirtschaft bis zum endgiltigen Budget, so fehlt es mir in dem Wirtschaftspan vor allem an konkreten

Hinweisen, was demnächst zu geschehen habe und wie eine Massregel sich auf die andere aufbaut. Ich habe von den kreditpolitischen Vorschlägen den Eindruck, dass sie darauf ausgehen, das, was wir an Privatkredit haben, in den Dienst des Staates zu stellen. Das ist eigentlich der umgekehrte Weg, als er eigentlich eingeschlagen werden sollte, denn eigentlich müsste der Staat mit den Mitteln der Kollektivität den Privaten zu Hilfe kommen und nicht die Privaten dem Staate. Wenn wir den Privatkredit auf den Staat übertragen, so fürchte ich, dass die Privatproduktion durch die damit gegebene Unterbindung der Rohstoffbezüge noch weniger dazu gelangen wird, wieder in Gang zu kommen. Ich hätte mir die Aufgabe eigentlich anders vorgestellt, nämlich so, dass man die positiven Fehler und Mängel in unserer augenblicklichen Volks- und Staatswirtschaft einzeln und systematisch aufzeigt, sich zu ihnen bekennt, vor aller Welt sagt, an diesen Uebeln kranken wir, aber wir wollen sie ernsthaft überwinden, sei es auch mit grossen Opfern, aber wenn wir diese Opfer bringen, retten wir das Ganze. Ich meine, eine solche Methode würde uns im In- und Ausland eher Kredit verschaffen, als wenn wir das Unglück der Geldentwertung einfach in Rechnung stellen und uns mechanisch darauf einrichten. Bei dieser Art wird das Ausland uns keinen Kredit gewähren. Denn das Ausland wird sagen, der Staat verkürzt seine Gläubiger auf ein Zehntel und wird es bei einer künftigen Anleihe im Bedarfsfall ebenso machen.

Mit diesen wenigen Vorbemerkungen glaube ich vielleicht Anlass geboten zu haben, in die Debatte einzutreten. Für die Diskussion wäre anzustreben, dass die einzelnen Staatssekretäre sich dazu äussern, wie die vorgeschlagene Finanzpolitik auf die Probleme des einzelnen Ressorts zurückwirkt, ob sie für den eigenen Be-



darf damit das Auslangen finden und die Schwierigkeiten persönlicher und anderer Natur in ihren Ressorts zu überwinden hoffen oder nicht. Um ein Beispiel zu geben, sei angenommen, wir bringen die Löhne der Eisenbahnangestellten auf die zehnfache Friedenshöhe. Die notwendige Ergänzung dazu müsste die 10-12fache Verteuerung der Tarife sein. Es wäre nun zu erörtern, ob unter den internationalen Konkurrenzverhältnissen derartige Tarifsätze möglich sind. Das Problem wäre also nicht nur aus dem Gesichtspunkt der allgemeinen Finanz- und Volkswirtschaftspolitik, sondern auch auf Grund der besonderen Ressortforderungen zu erörtern.

B a u e r :

Ich bin mit S.s. Schumpeter ~~mit~~ im Ausgangspunkt grundsätzlich einig. Jeder Versuch muss ausgehen von der Erkenntnis, dass die Geldentwertung als eine vollzogene Tatsache hingenommen werden muss und man sich nicht irren lassen darf von der \emptyset Illusion, dass der einzelne Geldwert ganz oder auch nur annähernd wieder hergestellt werden könnte. Das scheint mir unmöglich, aber auch gar nicht wünschenswert zu sein, besonders deswegen, weil es eine lange Periode sinkender Preise mit sich bringen würde und eine solche Periode für die Industrie Depression und Krisen bedeutet, welche die Wiederaufnahme der Produktion nicht nur für den Augenblick, sondern für lange Zeit erschweren würde. Weiters auch deswegen, weil die Last, die der Krieg dem Staate auferlegt hat, umso unerträglicher ist, je höher der Geldwert steht. Ich gehe aber nicht so weit, als S.s. Schumpeter. Er legt der Rechnung den gegenwärtigen Wechselkurs zugrunde. Ich halte das für eine zu pes-



simistische Auffassung. meiner Meinung ist es unter gewissen Voraussetzungen, insbesondere der einer hinreichend grossen Valutaanleihe, die mir als das eigentliche Problem erscheint, möglich, den Kronenkurs auf einen etwas höheren Wert zu stabilisieren und zwar jenen, wie er der inneren Kaufkraft der Krone entspricht und der höher ist als der Wechselkurs. Dabei meine ich nicht so sehr jene heutige innere Kaufkraft, die durch künstliche ~~Eindriffe~~ Eingriffe, wie Höchstpreise, noch etwas erhöht ist, sondern jene, wie sie sich bei freiem Handel darstellen würde, also kleiner zwar als sie heute ist, aber höher als der Wechselkurs. Also ich rechne, dass eine Erhöhung in roher Angabe z.B. auf 15 Centimes möglich sein könnte, was gegenüber dem heutigen Kursstand eine Erhöhung um 100 % wäre.

Es scheint mir das wichtig zu sein aus zwei Gründen. Der eine Grund ist der, dass sich, wenn es nicht gelingen würde, den Kronenkurs nach der inneren Kaufkraft zu stabilisieren, nun die Kaufkraft dem Wechselkurs anpassen müsste und wir noch eine weitere schwere Teuerungskrise durchzumachen hätten. Eine solche halte ich aus sozialen Gründen für überaus gefährlich. In Worten ist es leicht gesagt, es sei nicht schlimm, wenn man die Gehalte und Löhne der Steigerung anpasst. Tatsächlich vollzöge sich die Anpassung aber in Lohnbewegungen und Kämpfen, deren Gefahren ein so schwaches Gebilde wie unser Staat nicht zu ertragen vermöchte. Noch wichtiger ist folgender Grund; für das Problem der Kreditbeschaffung im Ausland ist es entscheidend, dass wir instande sind, das Ausland zu bewegen, Kronenwerte in grösserer Menge aufzunehmen. Wir verfügen nicht über viel Exportartikel, aber wenn schon nichts anderes, so könnten wir



Wertpapiere exportieren, wenn wir für sie im Ausland nur einen Markt finden. Wenn nun Transaktionen im Gange wären, die Krone zu heben, so ist das für das Ausland eine grosse Verlockung zur Aufnahme von Kronenwerten, um damit in Valuta zu spekulieren. Unsere Staats-, Landes- und Gemeindeobligationen wären dem Ausland willkommene Spekulationspapiere, wenn das Ausland erwarten könnte, dass der Kronenkurs steigt. Wenn man also heute schon den Finanzplan darauf anlegt, dass man auf eine solche Steigerung von vornherein verzichtet, so heisst dies, sich eines der wichtigsten Heilungsmittel zu begeben, nämlich der Möglichkeit, die Krone auf internationalen Märkten unterzubringen. Der wesentliche Punkt müsste sein, die Mittel zu finden, das Ausland zu bewegen, uns ein Valutadarlehen zu geben, das es über die laufenden Bedürfnisse hinaus ermöglicht, den Kronenkurs auf die angedeutete Höhe zu bringen. Ich möchte die Krone mit dem Wechselkurs nicht hinnehmen und es bei einer Bewertung unterhalb ihres inneren Wertes nicht bewenden lassen.

Das entscheidende Problem für die Sanierung scheint mir, soweit finanzielle Massregeln in Betracht kommen, zu sein, dass der Staat selbst die Mittel findet, durch die es dem Ausland möglich und erwünscht gemacht wird, uns Kredite in der erforderlichen Höhe zu geben. Nach den Angaben des S. s. für Finanzen brauchen wir eine Anleihe von 1 Milliarde Francs. Diese Summe scheint mir viel zu niedrig gegriffen. Wir müssen nicht nur Lebensmittel importieren, wobei die Sicherung der Getreidezuschüsse allein nicht genügen kann, denn die Bevölkerung kann weiter nicht so leben wie jetzt, ohne physisch zugrunde zu gehen. Wir brauchen auch Rohstoffkredite und dann müssen Staat und Private mit Friedensschluss ihre fälligen Schulden im Ausland bezahlen, so weit sie



sich nicht die Zahlung auf einen längeren Zeitpunkt haben stunden lassen. Schliesslich müssen die Kredite nach dazu reichen, uns zur Aufrichtung einer Notenbank mit Goldwährung, was Voraussetzung der Stabilisierung ist, einen Devisenfond anzulegen. Dies zusammen genommen ergibt einen viel höheren Betrag als eine Milliarde Francs.

Wir müssen uns ein Bild darüber machen, was wir tun könnten, um Kredite in der erforderlichen Höhe zu bekommen. S. S. Schumpeter hat nur einen einzigen Weg gewiesen; er benützt die Vermögensabgabe zu einem Pressionsmittel, um von den d.ö. Staatsbürgern, die Auslandsguthaben besitzen, eine Valutaanleihe zu bekommen. Ich stehe diesen Mittel sehr skeptisch gegenüber. Die Leute, die ihr Geld im Ausland haben, haben vor der Vermögensabgabe nicht viel Angst, weil wir ihre Guthaben nicht treffen können und soweit sie einen Grund besitzen, sich um unsere Gesetzgebung noch zu bekümmern, würde sie eine Valutaanleihe mit $2\frac{1}{2}\%$ Verzinsung bei einem Weltzinsfuss von 7% ungefähr ebenso schwer treffen, als die Verabgabe selbst. Ich glaube nicht, dass mit solchen Mitteln sich eine Lösung des grossen Problems auch nur zu einem Teil wird erreichen lassen.

Wir können nicht erwarten, dass das Ausland uns ohne besondere Verlockungen und Sicherheiten Kredit gibt. Dass wir einen Teil unseres Kapitals dem Ausland übertragen müssen, unterliegt leider keinem Zweifel. Ein Land, das seine Auslandsschulden bloss mit einem Teil von Arbeit zahlen kann, muss mit Kapital bezahlen, daher müssen unsere Naturschätze und Unternehmungen in fremde Hände übergehen. Aber die Art, wie wir das jetzt geschehen lassen, ist weiter unerträglich. Heute früh



wurde mir gemeldet, dass für die Generalversammlung der
 Alp- Alpine am 25. Oktober die Anmeldung stattgefunden
 hat, wobei die Mehrheit der Aktien von der Firma Cola
 angemeldet worden ist. Da Cola offenbar die italieni-
 sche Gruppe der Aktienbesitzer vertritt, scheint das
 zu bedeuten, dass die Alpine Montangesellschaft/ also
 dem Wertvollsten, was wir an Naturschätzen haben, be-
 reits in fremden Händen ist. Wenn wir Bilder los schla-
 gen wollen, so ist das eine ungeheure Affaire, aber von
 diesen katastrophalen Verkäufen hat die Regierung nichts
 gewusst. Wenn das so weiter ginge, würden wir natürlich
 alles Wertvolle an das Ausland verlieren und blieben
 übrig als ein Volk von Lohnsklaven unter der Herrschaft
 und im Dienste fremden Kapitals. Diese ungerregelte Form
 können wir nicht weiter zulassen. Ein Teil des Kapitals
 muss ja ins Ausland gehen, aber dieser Prozess muss gere-
 gelt werden und nur in dem Versuch einer solchen Regelung
 liegt der Weg, die zum Leben nötigen Beträge vom Ausland
 zu bekommen.

Man kann sich die Sache sehr verschieden vorstellen,
 aber im Grunde läuft es darauf hinaus, Titres mit Fun-
 dierung auf einen grossen Teil unseres Besitzes zu
 schaffen, die so verlockend sind, dass sie vom Ausland
 genommen werden. Das kann man erreichen, wenn man die
 Valutaregelung einleitet, so dass das Ausland einen
 Kursgewinn erwarten kann. Die Bereitstellung der Mittel
 für diese Operation ist eine der entscheidendsten Auf-
 gaben der Vermögensabgabe. Ich halte es für einen Irrtum
 der Öffentlichkeit, dass die Vermögensabgabe nur zur
 Abbüderung der Kriegsschulden verwendet werden müsse.
 Diese Meinung rührt von der fälschlichen Annahme her,



dass die Kriegsschulden dasjenige seien, was uns am meisten drückt. Aber auch wenn wir die Kriegsschulden ganz wegstreichen würden, könnten wir noch immer nicht leben.

Die Vermögensabgabe gibt in welcher Form immer stets Anteile an Vermögensobjekten in die Hand des Staates, nicht in natura, sondern in idealen Anteilen. Auf diese lassen sich Titres basieren mit einer solchen Fundierung und derartigen Begünstigungen in der Verzinsung und Gewinnbeteiligung, dass man für sie jene Milliarden Francs bekäme, die unerlässlich sind, wenn wir aus der Bedrängnis herauskommen wollen. Daraus ergibt sich, dass ich mich mit einer ~~re~~ rein subjektiven Vermögensabgabe nicht befreunden kann. Sie schliesst allerdings nicht aus, gewisse Objekte nach der objektiven Methode zu erfassen und deren Wert den Subjekten einzurechnen, aber eine rein subjektiv angelegte Vermögensabgabe würde nicht den Zweck erfüllen, dem Staate solche Vermögensobjekte zur Verfügung zu stellen. Für mich ist der erste entscheidende Punkt, dass meiner Meinung nach der Finanzplan des S. e. Schumpeter keineswegs die Mittel aufzeigt, durch welche wir die Auslandskredite in erforderlicher Höhe bekommen könnten und er es verachtmächt, das einzige geeignete Mittel anzuwenden, einen Teil des Ertragnisses der Vermögensabgabe in darauf fundierten Titres dem Ausland zur Verfügung zu stellen. Gegen einen solchen Vorgang wird immer eingewendet werden, dass das Ausland uns diese Titres als Reparatur wegnimmt und wir nichts davon haben. Aber selbst wenn ich wüsste, dass dies geschieht, würde ich den Weg empfehlen. Ich halte es für gefährlich zu glauben, dass wir uns um die Reparatursverpflichtung herumdrücken könnten.



Serbien ist vernichtet und auf die Wiedergutmachung angewiesen und Italien wird seinen Beispielen folgen. Es sind also die stärksten Interessen dafür gegeben, die Wiedergutmachung geltend zu machen und wir werden sie leisten müssen. Wenn wir nun imstande wären, sie in solchen Titres, die ja eigentlich Kronenwährung sind, zu leisten, so wäre mir das lieber als sie zu leisten in den Goldobligationen, die uns der Friedensvertrag auferlegt. Wenn die Entente uns diese Titres wegnehmen wollte, dann muss sie uns, da sie ja das letzte sind, was wir haben, auch Kredite geben, die für eine Zeit den Bedarf an Lebensmitteln und Rohstoffen sichern und es erlauben, einen Devisenvorrat für die Notenbank anzulegen. Hätten wir also eine Möglichkeit für eine solche Lösung, so sollten wir sie annehmen, denn wenn wir über die nächsten 2 Jahre hinwegkommen, sind wir saniert. Ich halte die Erfüllung dieses Zweckes der Vermögensabgabe für wichtiger als die Abbildung der Kriegsschuld. Mit der Entlastung um 2 ½ Milliaraden sind wir nicht saniert, wohl aber mit einem Auslandskredit von 2 Milliarden Francs.

Bezüglich der Sanierung des Staatshaushaltes beruht der Finanzplan auf dem Gedanken, dass die Entwertung der Krone, das Nationalvermögen verzehnfacht und damit auch die Steuerkraft verzehnfacht ist. Ich bestreite nicht, dass dieser Gedanke in hohem Maße Richtigkeit besitzt. Aber im Einzelnen der Durchführung zeigt sich, dass der Finanzplan die einzelnen Steuergattungen mit charakteristischen Verschiedenheiten behandelt. Er beruht ganz auf der Erhöhung der indirekten Steuern. Die Ertragsteuern werden nicht angerührt, obwohl das $\frac{1}{3}$ Erwerbsteuerkontingent angesichts dieses



Budgets lächerlich erscheint und ebenso lächerlich die Grundsteuer im Verhältnis zu den Sätzen der Erfordernisseite ist. Nur ein kleiner Betrag kommt aus den Erbschulden und anderen Gebühren, sonst wird alles auf die indirekten Steuern gestellt.

Die Erhöhung der indirekten Steuern und auch die Einführung neuer erscheint mir bei der heutigen Geldentwertung vollkommen diskutabel. Aber man muss sich klar machen, dass ein Budget, das alles auf die indirekten Steuern legen will, politisch unmöglich ist. Ein Budget, das hinreichend grosse Opfer von den Besitzenden fordert, wird auch von der Masse des Volkes Opfer in der Form indirekter Steuern verlangen dürfen. Aber alles auf die indirekten Steuern aufzubauen, entspricht nicht dem Kräfteverhältnis und würde von den Massen nicht hingenommen werden.

Allerdings hat der S. o. die Erhöhung mit der Vermögensabgabe in Verbindung gebracht, die ja ein Opfer der Besitzenden ist. Die Vermögensabgabe spielt aber eine besondere Rolle. Für die Deckung des Defizits leistet sie eigentlich gar nichts, 800 Millionen Kronen, ein unverhältnismässig geringfügiger Betrag bei einem Budget von 10 Milliarden. Dabei zweifle ich, ob nach der vorgeschlagenen Methode der Vermögensabgabe auch nur dieser Betrag zu erreichen sein wird. Wie viel eine subjektive Vermögensabgabe tragen kann, kann niemand wissen, ich glaube aber an einen Ertrag von 10 Milliarden bei dieser Methode nicht, das Ergebnis wird meiner Meinung nach vielleicht die Hälfte davon sein. Ja in Anbetracht der geringen Leistungsfähigkeit unserer Steuerbehörden, unserer schlechten Steuermoral und der Integrität unserer Organe hoffe ich nicht einmal auf diesen Betrag.



Für die Staatsfinanzen leistet die Vermögensabgabe in diesem Sinne also nichts. Sie leistet aber für etwas anderes. Der Stg. für Finanzen benützt sie als Mittel, um grosse innere Anleihen zu bekommen, indem er jenen, die die 4 %ige Anleihe zeichnen, eine wesentliche Ermässigung der Vermögensabgabe und überdies eine Abzahlungsfrist von 30 Jahren gewährt. Durch die Vermögensabgabe wird also ein Druck ausgeübt zur Zeichnung der inneren Anleihe, die notwendig ist, um keine Noten drucken zu müssen. Wenn die Vermögensabgabe zur Abbürdung der Schuldenlast benützt wird, so bedeutet der beabsichtigte Vorzug praktisch, dass der Staat vom Steuerträger, der mit Kriegsanleihe zahlt, die Kriegsanleihe zurückkauft und ihn gleichzeitig zwingt, den Betrag dafür in 4 %iger innerer Anleihe anzulegen. Es ist das also praktisch nichts anderes, als eine Konversion der Kriegsanleihe. Zu einer solchen brauchte man aber den unständlichen Apparat der Vermögensabgabe nicht. Der Weg erscheint mir im Verhältnis zum erreichten Ziel ungeheuer verwickelt und wenn mit der Vermögensabgabe nicht mehr erreicht werden wollte, als die Konvertierung und die Entlastung des Budgets um einen kleinen Bruchteil, so müsste man Überlegen, ob eine Vermögensabgabe dann überhaupt einen Sinn hat. In Wirklichkeit muss mit der Vermögensabgabe viel mehr erreicht werden.

Diese Forderung hängt zusammen mit der valutapolitischen Auffassung. Wenn der Staatsgläubiger dadurch, dass die Krone nur mit 10 Centimes bewertet wird, faktisch expropriert wird, dann kann bei der Vermögensabgabe in den Sätzen nicht so weit gegangen werden, als dann, wenn die Krone einen höheren Wert bekommt. Werden dem Staatsrentner 50 % seiner Forderung an den Staat weggenommen, die Krone gleichzeitig aber auf einen



Kurs von 15 Centimes gebracht, so hat der Steuerträger nichts verloren, er hat zwar um die Hälfte Kronen weniger diese sind aber das Doppelte wert. Je höher also valutapolitisch die Krone gehoben werden kann, desto höher können auch die Sätze der Vermögensabgabe sein und das ist notwendig, wenn die Vermögensabgabe ihren Zwecken wirklich entsprechen soll, nämlich der Abbürdung der Kriegsschulden und der Fundierung für die Titres zur Beschaffung der Auslandskredite.

Von meinem Resortstandpunkt aus kommt näch die Frage in Betracht, ob die Vermögensabgabe nicht auch Zwecken der Sozialisierung dienen soll. In der Öffentlichkeit wird das in der abstrusesten Form dargestellt, als handle es sich darum, für das Ergebnis der Vermögensabgabe irgendwelche Betriebe zu kaufen. Davon kann natürlich keine Rede sein. Es kann sich aber um ganz andere Dinge handeln, die sehr erwägenswert sind. Die Vermögensabgabe lässt sich so einrichten, dass der Staat von allen Aktiengesellschaften und vielleicht auch von Unternehmungen, die erst im Rahmen der Vermögensabgabe, jedoch ohne Aenderung in den Grundsätzen ihrer sonstigen Besteuerung, gezwungen werden, sich in Aktiengesellschaften zu verwandeln, Anteilscheine in die Hand bekommt. Diese wären zum Teil zur Abbürdung der Kriegsschuld zu verwenden, zum andern Teil zur Fundierung der Auslandstitres. Es ist aber möglich, erwägenswert, die Anteilscheine von gewissen Unternehmungen, auf deren Besitz der Staat besonders wertlegt, nicht auszutauschen, sondern sie in den Händen den Staates zu behandeln behalten. Ein solcher Vorgang könnte aus verschiedenen Gründen wünschenswert sein, so wenn man verhindern will, dass bestimmte Unternehmungen in ausländische Hände übergehen. Eine Vermögensabgabe,

Handwritten notes in the left margin:
 1. 1/2 1/2 1/2
 2. 1/2 1/2 1/2
 3. 1/2 1/2 1/2
 4. 1/2 1/2 1/2
 5. 1/2 1/2 1/2
 6. 1/2 1/2 1/2
 7. 1/2 1/2 1/2
 8. 1/2 1/2 1/2
 9. 1/2 1/2 1/2
 10. 1/2 1/2 1/2
 11. 1/2 1/2 1/2
 12. 1/2 1/2 1/2
 13. 1/2 1/2 1/2
 14. 1/2 1/2 1/2
 15. 1/2 1/2 1/2
 16. 1/2 1/2 1/2
 17. 1/2 1/2 1/2
 18. 1/2 1/2 1/2
 19. 1/2 1/2 1/2
 20. 1/2 1/2 1/2
 21. 1/2 1/2 1/2
 22. 1/2 1/2 1/2
 23. 1/2 1/2 1/2
 24. 1/2 1/2 1/2
 25. 1/2 1/2 1/2
 26. 1/2 1/2 1/2
 27. 1/2 1/2 1/2
 28. 1/2 1/2 1/2
 29. 1/2 1/2 1/2
 30. 1/2 1/2 1/2
 31. 1/2 1/2 1/2
 32. 1/2 1/2 1/2
 33. 1/2 1/2 1/2
 34. 1/2 1/2 1/2
 35. 1/2 1/2 1/2
 36. 1/2 1/2 1/2
 37. 1/2 1/2 1/2
 38. 1/2 1/2 1/2
 39. 1/2 1/2 1/2
 40. 1/2 1/2 1/2
 41. 1/2 1/2 1/2
 42. 1/2 1/2 1/2
 43. 1/2 1/2 1/2
 44. 1/2 1/2 1/2
 45. 1/2 1/2 1/2
 46. 1/2 1/2 1/2
 47. 1/2 1/2 1/2
 48. 1/2 1/2 1/2
 49. 1/2 1/2 1/2
 50. 1/2 1/2 1/2
 51. 1/2 1/2 1/2
 52. 1/2 1/2 1/2
 53. 1/2 1/2 1/2
 54. 1/2 1/2 1/2
 55. 1/2 1/2 1/2
 56. 1/2 1/2 1/2
 57. 1/2 1/2 1/2
 58. 1/2 1/2 1/2
 59. 1/2 1/2 1/2
 60. 1/2 1/2 1/2
 61. 1/2 1/2 1/2
 62. 1/2 1/2 1/2
 63. 1/2 1/2 1/2
 64. 1/2 1/2 1/2
 65. 1/2 1/2 1/2
 66. 1/2 1/2 1/2
 67. 1/2 1/2 1/2
 68. 1/2 1/2 1/2
 69. 1/2 1/2 1/2
 70. 1/2 1/2 1/2
 71. 1/2 1/2 1/2
 72. 1/2 1/2 1/2
 73. 1/2 1/2 1/2
 74. 1/2 1/2 1/2
 75. 1/2 1/2 1/2
 76. 1/2 1/2 1/2
 77. 1/2 1/2 1/2
 78. 1/2 1/2 1/2
 79. 1/2 1/2 1/2
 80. 1/2 1/2 1/2
 81. 1/2 1/2 1/2
 82. 1/2 1/2 1/2
 83. 1/2 1/2 1/2
 84. 1/2 1/2 1/2
 85. 1/2 1/2 1/2
 86. 1/2 1/2 1/2
 87. 1/2 1/2 1/2
 88. 1/2 1/2 1/2
 89. 1/2 1/2 1/2
 90. 1/2 1/2 1/2
 91. 1/2 1/2 1/2
 92. 1/2 1/2 1/2
 93. 1/2 1/2 1/2
 94. 1/2 1/2 1/2
 95. 1/2 1/2 1/2
 96. 1/2 1/2 1/2
 97. 1/2 1/2 1/2
 98. 1/2 1/2 1/2
 99. 1/2 1/2 1/2
 100. 1/2 1/2 1/2



die diese Eventualität ganz ausschliesst, würde nach meiner Meinung eine wichtige Funktion ausserachtlassen.

Dazu kommt für mich noch Folgendes : Es ist klar, dass eine Sanierung der Finanz- und Volkswirtschaft gar nicht möglich ist, ohne schwere Opfer für die Arbeiterklasse, Opfer in Form der Erhöhung indirekter Steuern, aber auch Opfer anderer Art, wie Beschränkungen in der Bewegung der Löhne, Versuche ein Abkommen zu schliessen, sich mit Lohnerhöhungen nach der gleitenden Skala zu begnügen, für eine gewisse Dauer-Dauer aber auf sonstige Lohnerhöhungen zu verzichten, ferner der Abbau der Arbeitslosenunterstützung, der Abbau der Zentralen, die Erhöhung der Lebensmittel auf den Weltmarktpreis und dgl. Das sind lauter Dinge, zu denen das Einverständnis der Arbeiterschaft nötig ist. Ihre Zustimmung wird man aber nur erringen können, wenn man ihr dafür etwas bietet, was ihren Wünschen und ihrer Denkweise entspricht und dazu wären geeignet Zugeständnisse inbezug auf die Sozialisierung, nicht allgemein, sondern nur bei gewissen Produktionszweigen, wo das aus besonderen Gründen wünschenswert erscheint.

S. s. Schumpeter meint, dass die Kreditfähigkeit der Betriebe unter der Sozialisierung leiden würden, ich glaube das nicht. Selbstverständlich muss es eine der obersten Maximen der Vermögensabgabe sein, die Kreditfähigkeit aller Unternehmungen zu stärken. Das ist aber mit meinen Vorschlägen durchaus vereinbar. Ich fürchte im Gegenteil, dass gerade eine subjektive Vermögensabgabe, welche den Unternehmungen Betriebskapital entzieht, ihre Kreditfähigkeit sehr gefährdet. Wird ein Unternehmen dadurch besteuert, dass es eine beträchtliche Barzahlung abführen muss, dann wird ihm



Betriebskapital entzogen, das es heute wegen der Geldentwertung in viel höheren Beträgen braucht als früher. Werden aber Gratisaktien genommen, so hat zwar der Aktionär etwas verloren, aber nicht der Betrieb. Wenn nun die Gratisaktien einer Bank gegen Kriegsanleihe gegeben werden oder aber um auf gewisse Aktiengesellschaften Einfluss zu gewinnen, in der Staatskassa liegen bleiben, so kann das die Kreditfähigkeit nicht erschüttern. Die Sozialisierung ruft als Schlagwort im Ausland Beunruhigung hervor, aber durch solche Mittel könnte man Beruhigung schaffen. So sehr ich glaube, dass es unmöglich ist, zu sagen, wir geben die Sozialisierung auf, so möglich halte ich es zu sagen, wir vollziehen die Sozialisierung nicht in der Form der Enteignung, sondern im Zusammenhang mit der Vermögensabgabe. Bei einer vernünftigen Form der Sache läge darin nicht nur ~~ein~~ kein Mittel der Krediterschwerung, sondern der Beruhigung und der Erleichterung der Kreditbeschaffung.

Der Finanzplan des S. S. Schuppeter hat für mich den Nachteil, dass er das ganze Erfordernis im Wesen auf die indirekten Steuern stellt und der Vermögensabgabe eine zu geringe Funktion zuweist. Der Finanzplan müsste die Vermögensabgabe zum Zentrum machen, sie müsste der Beschaffung der Auslandskredite, der Abbürdung der Kriegsschulden und der Sozialisierung dienstbar sein, aber dann müsste sie natürlich ganz andere angeleitet werden. Man würde dann nicht mit der subjektiven Methode das Auslangen finden, sondern müsste sich zwecks Erzielung eines grösseren Ertrages zur objektiven Methode entschliessen und in den Sätzen entsprechend hoch hinaufgehen. In Verbindung mit einer



Valutaoperation zur Hebung des Kronenkurses können die Sätze ohneweiters höher gestellt werden, durchschnittlich bis zu 50 %. Kann aber der Pächter mit 50 % belastet werden, so ist eine noch stärkere Heranziehung der Industrie durchaus nicht unmöglich und eine solche Vermögensabgabe würde die erforderlichen Erträge bringen.

Bei der Land- und Forstwirtschaft ist zu unterscheiden zwischen dem grossen Grundbesitz und der bäuerlichen Wirtschaft. Beim grossen Grundbesitz und Grossbetrieb gibt es keine Rechtfertigung, warum er nicht gerade so schwer getroffen werden könnte, wie die Industrie. Er hat unter der Zertrümmerung des alten Staatsgebietes viel weniger gelitten als die Industrie. Zugeständnisse an ihn erscheinen ganz ausgeschlossen, schon weil der grosse Grundbesitz einen erheblichen Teil des Volkvermögens bildet und durch seine Schonung das Erträgnis der Vermögensabgabe wesentlich beeinträchtigt würde. Die Heranziehung könnte in Formen geschehen, welche der Wirtschaft kein Betriebskapital wegnimmt. Ganz andere Gesichtspunkte gelten für die bäuerliche Wirtschaft. Die Anwendung der gleichen Grundsätze auch auf sie machte den Finanzplan politisch unmöglich, ~~eine~~ sie würde aber auch die Volkswirtschaft schwer treffen weil es nicht angeht, den Bauern die Kriegsanleihen und die Spareinlagen wegzunehmen, wenn er sich wieder hinaufarbeiten soll. Wird aber die Vermögensabgabe subjektiv angelegt, und ein schonender Vorgehens versucht, dann wird sie einen solchen Ausfall haben, dass auch der bäuerliche Besitzer ziemlich schwer getroffen werden muss, wenn ein ausreichendes Erträgnis erzielt



werden soll. Wird dagegen der grosse Besitz in Industrie und Handel, Land- und Forstwirtschaft energisch herangezogen, dann kann der kleine bäuerliche Besitz zwar nicht ganz frei bleiben, wohl aber wenigstens schonender behandelt werden. Die Bauernschaft wird bei jeder solchen Operation ja immer getroffen durch die Vermögensabgabe von Kriegsanleihe und Spareinlagen, aber die Betauerung für den Grund und Boden selbst könnte schonender sein, wenn anderwärts die Beanspruchung der Leistungsfähigkeit angepasst wird. Ist man aber ängstlich, so wird die Vermögensabgabe entweder zu wenig tragen oder es wird von ihr auch der bäuerliche Besitz sehr stark getroffen werden müssen.

Der Finanzplan des S. s. Schumpeter stellt also die indirekten Steuern zu sehr in den Mittelpunkt, weist der Vermögensabgabe eine zu geringe Funktion zu und ist daher nicht der Weg zur Verhütung der Katastrophe.

S c h u m p e t e r :

Ich möchte zunächst zu den Bemerkungen des S. s. Bauer Stellung nehmen, weil diese mir von besonderer Bedeutung erscheinen. Es ist klar, dass ein Finanzplan, der so umfassend die Wirtschaft berührt, zahllose Probleme in sich schliesst, die einer Diskussion bedürfen. Vorläufig handelt es sich mir aber nur um einige fundamentale Punkte.

Die Ausführungen Dr. Bauer's waren mir eine erfreuliche Ueberraschung, denn es ergibt sich daraus keine Differenz von prinzipieller Bedeutung. Wir sind einig im Ausgangspunkt, dass die Geldentwertung als vollzogene Tatsache angenommen werden muss und



aus ihr nun die logischen Folgerungen zu ziehen sind. Da die Herstellung des Kronenkurses weder möglich, noch wünschenswert ist, so bleibt in unseren Meinungen nur die eine Differenz, dass der Kurs nicht mit 10 ctm. sondern etwa 15 ctm. anzustreben wäre. Ich habe es nicht so gemeint, dass ich mich auf den Kurs von 10 ctm. festlege,, sondern habe gesagt, die Krone solle sich ausbalancieren. Wenn Dr. Bauer meint, die Krone werde bei 15 ctm. zum Stillstand kommen, so hat dies bei gebliebenen Ausgaben eine Erschwerung, bei anderen wieder eine Erleichterung zur Folge. Der Anpassungsprozess vollzieht sich auch bloss in einer anderen Grenze. Die Meinung Dr. Bauer's, dass wir bei Belassung der Krone auf 10 ctm. einer schweren Teuerung entgegen gehen, möchte ich nicht teilen. Tatsächlich haben wir gar nicht das Zehnfache des Friedenspreises, sondern wenn wir von den Lebensmitteln und den Wohnungen absehen, viel höhere Preise. Bei 10-12 ctm. gingen wir also keiner Teuerung entgegen, wir blieben nur konstant und hätten bloss eine Periode geringerer Verbilligung zu erwarten, indem die zwei Momente, die schlechte Valuta einerseits und das Zunehmen des Warenvorrates andererseits gegeneinander wirken und den Verbilligungsprozess verlangsamen.

Für die Beschaffung von Kapital im Ausland wäre es allerdings vorteilhaft, wenn wir den Anschein erwecken könnten, die Valuta haben zu wollen. Das würde die Anleihebeschaffung sehr erleichtern, weil dann vielleicht sogar die Kriegsanleihe im Ausland gekauft würde. Aber das heisst, dass wir den fremden Gläubiger einen gewaltigen Gewinn, der aus unserer volkswirtschaftlichen Leib herausgeschnitten werden wird, in den Rachen werfen. Er bekäme die Kriegsanleihe zum schlechten Kurs und könnte



sie später zu einem viel besseren wieder verwerten.

Dadurch könnte für ihn ein unbegrenzter Gewinn eintreten. Die Hebung der Valuta kostete uns also ein schweres Opfer.

Dr. Bauer hat als das entscheidende Problem der Sanierung auf finanziellen Gebiete die Kreditbeschaffung bezeichnet und auch in diesem zweiten Punkte. Begegnen wir uns. Es ist das wirklich das entscheidende Problem unseres Überlebens. Dr. Bauer bezeichnete einen Kredit von einer Milliarde Schweizer Francs als zu gering. Das ist richtig. Aber ich habe nicht bloss einen Weg zur Kreditbeschaffung gezeigt, sondern ihrer fünf angegeben. Eine Milliarde Franken ist viel zu wenig, ich will sie aber nur durch das eine Mittel bekommen und die übrigen Mittel sollen dann die weiteren Summen liefern. Von der Milliarde wird übrigens ein Teil durch die Erneuerung der Rohstoffkredite roulieren und es schliesst nicht aus, dass noch weitere Wege betreten werden. Für die Rohstoff- und Lebensmittelbezüge, für die Ordnung fälliger Verbindlichkeiten von Staat und Privaten im Ausland und für die Fundierung der Staatsschuld brauchen wir viel mehr, aber haben wir nur erst die eine Milliarde, dann bekommen wir ~~wehe~~ auch noch die weiteren. Die Schwierigkeit ist der Anfang und daher habe ich mich zu diesem scharf wirkenden Mittel entschlossen.

Dr. Bauer hat erklärt, dass eine 2%ige Valutaanleihe dem Zeichner die gleichen Opfer auferlege wie die Vermögensabgabe. Das ist beabsichtigt, dennes soll den Leuten ja nichts geschenkt werden. Ich glaube unbedingt, dass die Valutaanleihe von 2% zwar einen kleinen, aber doch bedeutungsvollen Erfolg haben wird.



und zwar deshalb, weil viele Leute, die dauernd bei uns bleiben wollen, sich um den Staat scharen werden und müssen, wenn andere ihre eigenen Interessen nicht zu Schaden kommen sollen. Wir können nicht erwarten, dass das Ausland uns leicht hin Kredit gibt, wir müssen es dazu verlocken.

Nach Dr. Bauer soll der Staat durch die Vermögensabgabe in den Besitz von Aktien kommen, wobei die Menge der Aktien dadurch eine Vermehrung erfährt, dass verschiedene grössere Unternehmungen zur Umwidmung in Aktiengesellschaften verhalten werden. Diese Aktien werden jetzt vereinigt, einer Trustgesellschaft in die Hand gegeben, diese emittiert Obligationen und zwar sowohl Valuta- als auch Kronenobligationen, wenn auch hauptsächlich erstere und diese Obligationen will Dr. Bauer dem Ausland darbieten. Diese Gründung einer Trustgesellschaft ist nun etwas was die Finanzverwaltung längst ins Auge gefasst hat und was bereits eingeleitet ist. Präsident Landesberger arbeitet an einem Plan und daneben befindet sich noch ein zweiter Plan in Vorbereitung. Das ist eine der Formen, in denen sich mein Punkt 2 realisieren wird und Private ihre Kreditbeziehungen dem Staate zur Verfügung stellen werden. Wenn man die Aktien nur in Besitz bekommen will, um den Staat Kredit zu verschaffen, dann braucht man sie nicht direkt an den Staat zu ziehen, wohl aber müsste das geschehen, wenn andere Zwecke damit verfolgt werden sollen. Eine übermässig grosse Menge möchte ich aber nicht zusammenbringen. Ich halte es im Gegensatz zu Dr. Bauer für einen schweren Irrtum, dass man vom Ausland gegen solche Obligationen leichtes Kredit bekommt, ausser gegen einen exorbitanten Zins, wo die Franzosen 7 % und die



Tschechen 8 % zahlen müssen. Theoretisch ist der Gedanke vollkommen korrekt, in der Praxis aber führt er zu ausserordentlich drückenden Bedingungen, wogegen mein Plan dahingeht, ins Ausland geflüchtetes Kapital dem Staate zu retten und grössere Summen zu bekommen. Für die Erlangung grösserer Summen auf diese Weise kann ich mich der Oeffentlichkeit gegenüber verbürgen. Wir müssen einen Teil unseres Kapitals dem Ausland übertragen und diese Uebertragung ist eines der Momente, warum ich meine, dass es wenig Wert hat, dass der Staat ideale Anteile an sich ziehe, denn er kann damit doch nichts anderes tun, als sie zu verpfänden oder zu verkaufen. Dass die Geldentwertung dazu führt, unser Kapital billig zu verschleudern vermöge ich nicht ganz einzusehen. Nur durch bei einem Akt ~~ein~~ im Zeitpunkt sinkenden Geldwertes ist das der Fall, aber nicht mehr dann, wenn der Geldwert bereits stabilisiert ist. Das Ausland braucht für die Krone zwar weniger zu zahlen, aber es muss im Inland mehr Kronen erlegen.

Die fundierten Titres, die zum Teil auf Aktienbesitz, zum andern aber auch auf Land gestellt werden können, können einen Erfolg haben, aber über seine Grösse dürfen wir uns nicht täuschen. Dass die entscheidende Aufgabe der Vermögensabgabe die Kreditbeschaffung sei, ist eine Aeusserung, die mich besonders befriedigt. Die Abhörung der Kriegsschuld muss finanzpolitisch ihr Hauptzweck sein. Aber der praktische Hauptzweck ist die Kreditbeschaffung. Die Frage der Methode ist Sache der Detaildiskussion.

Die Bemerkung, dass die subjektive Methode die Vermögensabgabe zu einem ungeeigneten Mittel mache, scheint auf ein Missverständnis zurückzugehen. An eine rein subjektive Methode habe ich nicht gedacht.



Aktien sollen gegen Anrechnung beim Besitzer im Objekt erfasst werden, bei Grundbesitz laufen beide Methoden auf den gleichen Erfolg hinaus und ein Unterschied bliebe nur bei jenen Unternehmungen, die ad hoc in Aktiengesellschaften umgewandelt werden sollen. Allerdings glaube ich, dass das System der Gratisaktien nicht zweckmässig wäre.

Die Ausführungen Dr. Bauer's über die Gefahr der Wegnahme unserer Titres für den Auslandskredit durch die Entente kann ich unterschreiben, aber mit folgender Einschränkung: Es ist ein Unterschied, ob man der Entente die Werte förmlich präsentiert, wie es hier der Fall wäre oder wann man sie nur mit Widerstand aus uns herausholen muss. Wir müssen trachten, ^{und sollten es} ~~die Reparation~~ ~~den Ententendruck nachher erst bezahlen zu lassen.~~

Die Einwendung gegen das definitive Budget, es seien darin die Einkommen mechanisch mit 10 multipliziert, treffen nicht zu. Dem Budget liegt vielmehr der Gedanke der Ablassung der Kriegsschulden auf den Rentner zugrunde, da es ungerecht erscheint, in der heutigen Zeit gerade arbeitsloses Einkommen gegen die Wirkungen der Geldentwertung zu schützen.

Der Vorwurf, dass der Finanzplan nur auf indirekten Steuern beruhe, trifft ebenfalls nicht ganz zu. Dass es ungerecht wäre, den Alkohol zu besteuern, kann ich nicht finden. Der Arbeiter hat nach der Schiff'schen Statistik 5 % seines Einkommens für alkoholische Getränke ausgegeben, bei gleicher Qualität wird er fünfzig mal mehr ausgeben, aber dass es den Volks so furchtbar sei, für ein Viertel Wein ~~statt~~ statt 3 K 40 später 4 K 80 h zu zahlen, auf welchen Preis sich in den nächsten Jahren der billigste Wein stellen wird, kann ich nicht finden. Das Bier ist sehr hoch getroffen aber



nur dann, wenn es ligridig ist. Ein solches Bier wird 5 K pro Liter kosten. Es ist das gewiss sehr böse, aber doch nicht etwas, was in der jetzigen Volksnot als so entsetzlich angesehen werden kann, da wenn wir uns darüber klar sind, dass die Preise für landwirtschaftl. Produkte den Weltmarktpreis nach steigen müssen.

Den Vorwurf, dass der ganze Finanzplan an den breiten Massen ausgehen soll, muss ich den Hinweis entgegenhalten, wieviel aus den Aufwand- und Luxussteuern, den Gebühren und den Erbgebühren erwartet wird, lauter Leistungen, für die doch hauptsächlich die besitzenden Klassen aufzukommen haben werden. Wenn ich die direkten Steuern nicht erhöht habe, so hat das seine besonderen Gründe. Das staatliche Finanzwesen wird im Wesen auf der Einkommensteuer beruhen und diese wird durch eine schärfere Progression eine Erhöhung erfahren, aber nicht jetzt, sondern als Reserve für neue Einnahmeforderungen. Die Aktiensteuer zu erhöhen wird niemand vorschlagen, weil damit jede industrielle Entwicklung unterbunden würde. Die Gebäudesteuer kann nicht erhöht werden, weil dann der Mieterschutz nicht mehr haltbar wäre. Bezüglich der Grundsteuer ist die Reform den Ländern zugedacht. Das Erwerbsteuerkontingent ist niedrig, aber ich muss solche Einnahmen, wie sie aus einer Erhöhung fließen würden, als Möglichkeit für weitere Sanierung offen halten. Auch noch vieles andere wäre einer Erhöhung fähig. Sollte eine solche gewünscht werden, kann sie durchgeführt werden.

Die Vermögensabgabe tritt in ihrer Bedeutung zurück nicht im Finanzplan, sondern nur in meinen Ausführungen, weil die Zeit zu einer weiteren Darlegung zu kurz war und ich über dieses Thema schon früher gesprochen habe. Die Vermögensabgabe steht im Zentrum des



Finanzplanes und ist das wesentliche Mittel, uns über die Krise hinwegzuhelfen. Wenn sie uns ausländische Valuta verschafft, so ist sie keine blosser Dekoration, denn wenn sie das tut, wirft sie einen Ertrag ab durch die Ersparung an Zinsen infolge der Differenz, die die Leute tragen müssen. Für den Erfolg kann ich ein- stehen. Sollte die erwartete Beteiligung nicht eintre- ten, dann würde sich eben der Ertrag der Vermögensabgabe erhöhen. Ich habe ihr Ergebnis mit ~~0.2~~ nur 800 /Millionen Kronen bloss deswegen eingestellt, weil für die Ab- lastung nur $\frac{2}{3}$ in Betracht kommen und $\frac{1}{3}$ auf neue Zeichnung aufgeht. Die Vermögensabgabe leistet das, was Dr. Bauer fordert, die Abbürdung und Beschaffung eines Kredites, wie wir ihn brauchen. Wird der Satz der Valuta höher eingestellt, so dass die Krone mehr wird als ich beabsichtigte, dass sie wert werden sollte, dann ^{kann} man einen höheren Steuersatz annehmen. Der Ertrag wäre dann aber auch nicht viel grösser, weil sich im Verhältnis zur Wertsteigerung der Krone der Wert der einzelnen Vermögensobjekte verringert. Nur bei festen Renten liesse sich ein Mehrertrag erzielen und das wäre wohl eine sehr schlechte Kompensation für den Aufwand zur Hebung des Kronenkurses.



Wenn ein Amendement gestellt wird, den grossen Grundbesitz schärfer zu treffen und den Bauernstand zu schonen, so ist eine solche Anregung sehr annehmbar. Ähnliche Vorschläge werden im Laufe der Diskussion noch zahlreich gestellt werden. Die Benützung der Wald- latifundien ist ein sehr naheliegender und dankenswerter Gedanke. Ueberhaupt habe ich nicht gemeint, dass die Landwirtschaft anders behandelt werden soll als die In- dustrie. Alles produktive Vermögen soll nach gleich- mässigen Grundsätzen bewertet werden, nicht nach den jetzigen

Panikpreisen, sondern nach dem dauernden Ertragswert, der allerdings höher ist als der Friedenswert.

Nach den Wünschen Dr. Bauer's soll die Vermögensabgabe auch der Sozialisierung dienstbar gemacht werden. Wenn aber gesagt wird, dass es die Kreditfähigkeit des Volkes nicht beeinträchtigt, wenn der Staat mit Gratis-einlagen Teilhaber einer Unternehmung ist, so ist das nur mit zwei Einschränkungen richtig. Die gewerblichen Betriebe sind die Kreise, auf die wir bei der Zeichnung der 2 $\frac{1}{2}$ %igen Valutaanleihe besonders rechnen und diese werden im Ausland in ihrer Kreditfähigkeit zweifellos geschädigt, wenn man weiss, dass staatliche Anteilscheine ausgegeben werden sollen. Die Tatsache, dass der Staat Teilhaber einer Gesellschaft ist, ist gegenwärtig wohl geeignet, die Kreditfähigkeit des Unternehmens einzuschränken. Der Staat müsste erst den Erfolg seines Einflusses auf solche Unternehmungen in einer mehrjährigen Tätigkeit nachweisen. Auch die Aktie selbst verliert an Vertrauen, weil der Staat ja noch einmal auf die Idee kommen könnte, die Ausgabe von Gratisaktien zu wiederholen. Es ist wohl richtig, dass durch die objektive Methode dem Betrieb keine flüssigen Mittel entzogen werden, sondern nur der Eigentümer getroffen wird. Ich vertrete prinzipiell die objektive Methode und hielt sie bis vor Kurzen für möglich, aber jetzt dürfen wir mit unseren kreditpolitischen Maßnahmen keine Experimente machen. Wir müssen bei oft sehr rückschrittlichen ausländischen Bankiers Vertrauen erwecken.

Ich kann nicht sehen, dass der Finanzz^{plan}ewinn den Nachteil hat, ganz auf den indirekten Steuern zu beruhen. Die Hauptsache tragen doch die Besitzenden, nur reicht ihr Opfer eben nicht aus. Aber dass die vorgeschlagenen



Steuern am wenigsten drücken, weniger als eine Warenumsatzsteuer oder eine Mahlsteuer ist zweifellos. Auch solche würden nicht ausreichen. Die Staatseinnahmen sind eine mehr oder weniger gegebene Grösse und müssen aufgebracht werden. Ich gebe zu, dass zahlreiche Detailpunkte verbesserungsbedürftig sind, aber in den grossen Grundlinien gibt es nichts zu ändern, nicht dass ich es nicht wollte, sondern weil niemand die Lage ändern kann.

R e n n e r :

Ich möchte einige Gesichtspunkte zur Geltung bringen, die von der Auffassung beider Voredner etwas abweichen. Ich will bemerken, dass mein präsentés finanzpolitisches Wissen nicht so gross ist, als dass ich für mich ein kompetentes Urteil in Anspruch nehmen könnte. Ausserdem bin ich augenblicklich so in Anspruch genommen, dass ich mich mit der Sache nicht entsprechend befassen konnte. Natürlich stehen wir jetzt bei den allgemeinen Erörterungen über die grossen Gesichtspunkte, d. i. für die Erörterung auch jeder Einzelheit wichtig aber für den Erfolg scheint es mir doch nicht entscheidend zu sein. Entscheidend wird sein jede nächste und unmittelbare Tat auf diesem Gebiete und wenn wir unser letztes Urteil abgeben sollen, welchen Plan wir wählen, so müssen wir die ersten Schritte prüfen. Zu diesen unmittelbar bevorstehenden konkreten Massregeln sind wir bis jetzt nicht gekommen. Das letzte Urteil müssen wir uns noch vorbehalten. Ich kann mir nicht helfen, die Annahme, von der beide Herren ausgehen, dass wir die Geldentwertung in dem jetzigen Grade als vollzogene Tatsache hinnehmen sollen, scheint mir methodisch nicht richtig. Sie liegt staatswirtschaftlich nahe, wir müsstest



sagen, dass es für uns ein großes Glück ist, daß der Geldwert so tief gesunken ist, weil wir damit nur noch ein zehntel schuldig sind und die Kriegslast abgeburdet haben. Wenn ich die Volkswirtschaft aber vor Augen habe, so können wir uns aber einer solchen Auffassung nicht schlechthin unterwerfen. Wollte ich den Fehler, der mir dabei zu unterlaufen scheint krass aussprechen, so ist es folgendermassen: es wird von uns verlangt, daß wir die Geldentwertung als Faktum hinnehmen und ihm die ganze Volkswirtschaft anpassen. Diese Anpassung ist noch lange nicht vollzogen und wir sollen nun darauf hinarbeiten, die Gehalte und die Löhne, ebenso aber auch die Steuern auf das zehnfache zu bringen. Damit sind wir dem Problem der Finanzverwaltung eigentlich ausgewichen. Es wäre das so, als wenn ich eines schlechten Barometers wegen das Weltall umändern wollte, damit der Barometer wieder richtig zeigt. Wir sollen alles unwälzen, nur damit wir die Valuta nicht umgestalten brauchen. Das Problem wäre aber umgekehrt, wie die Valuta zu halten und zu restituieren wäre, um volkswirtschaftliche Erschütterungen und die Unwälzung des ganzen Staatshaushaltes zu ersparen. Denn der Finanzplan des Staatssekretärs Schumpeter ist ein Plan zur Unwälzung des ganzen Staatshaushaltes und würde die Öffentlichkeit ungemein frapieren. Die Frage hätte zu lauten, kann die Valuta so gestaltet werden, dass sie den volkswirtschaftlichen Interessen am besten entspricht und die geringsten Unwälzungen in den Steuern und Löhnen hervorruft und kann man nicht leichter auf diese Art helfen, als den Tiefstand als bleibend anzunehmen und alles andere unwälzen. Es wäre die Frage zu stellen, welches der innere Wert der Valuta ist und welcher Stand den volkswirtschaftlichen Interessen wirklich am meisten entspricht.



Rentner

Das Sinken der Valuta in diesem Maße, auch wenn es für den Staat ein bequemes Mittel ist, sich seiner Schulden zu entledigen, ist für die Volkswirtschaft eine Katastrophe, weil es unsere ganze Verarmung ausdrückt. Staatssekretär Schumpeter sagte das letztmalig: „Keine Hilfe gibt es für den Rentner, jemand muß den Krieg bezahlen“. Ich bin sehr einverstanden, daß arbeitslose Einkommen zu treffen und auch damit dass man je nach der Natur des Einkommens Unterscheidungen mache, aber in dieser Allgemeinheit ausgesprochen scheint mir der Satz ungerecht und volkswirtschaftlich unhaltbar. Zunächst einmal, wer ist denn der Rentner? Täusche ich mich nicht im Erfolge, wenn ich sage, ich lassen den Rentner grüßen. Der reine Rentner, der von seinen Papieren lebt, hat gewiß nur einen Bruchteil der betreffenden Effekten in der Hand. Wenn ich bedenke, dass ein so großer Teil in sozialen und gemeinwirtschaftlichen Anstalten steckt, so komme ich dazu von dem Grundsatz so viele Ausnahmen machen zu müssen, daß der Grundsatz nichts mehr nützt. Das Problem ist anders. Wenn ich schon den Rentner vorweg und stärker behäbe so muß ich doch von dem Grundsatz ausgehen, die Abbürdung so zu vollziehen, dass alle Vermögensschaften, ob sie Grundbesitz, Betriebe welcher Art immer oder was sonst sind, gleichmässig behandelt werden, vielleicht mit einer stärkeren Belastung der Rente statt von vornherein den Grundsatz aufzustellen, der eine muß alles zahlen und der andere nichts. Die Aufgabe der Sanierungsaktion müßte sein, durch gleichmässige Heranziehung des Kapitals aller Art die Gefahr zu bannen, dass die Kriegsanleihe- und Notentbesitzer allein die Zeche zahlen. Sie werden finden, daß das für einen Sozialisten eine eigentümliche Argumentation ist. Ich weiß aber, dass man mit der gegenwärtigen



Gesellschaftsordnung zu rechnen hat, und wenn ich das tue, muß ich für alle Arten von Vermögen von den gleichen Grundsätzen ausgehen.

Was das Budget in vier Jahren betrifft, so glaube ich, dass alle Berechnungen darüber sehr problematisch sind. Wir können nicht wissen, welche Ausgaben uns künftig belasten. Es ist tröstlich, daß wir im einzelnen die Steuerschraube noch ansiehen können, aber die Methode wie Staatssekretär Schumpeter die Deckung finden will ist unhaltbar, weil sie überholt ist. Das Mißverhältnis zwischen direkter und indirekter Steuerbelastung fällt sofort in die Augen und ist in solcher Weise nicht möglich. Wir hatten in der Parlamentsgeschichte Fälle, wo man alle direkten Abgaben auf Kontingente festlegte, und sich für den Ausfall durch das Heranziehen indirekter Steuern half. Schon bei der Beratung des kleinen Finanzplanes hat sich der Grundsatz durchgerungen, daß direkte und indirekte Steuern nur immer pari passu erhöht werden dürfen. Eine derartige Unverhältnismässigkeit in den Abgaben, wie sie der Finanzplan einführen will, wäre für unsere Öffentlichkeit und unser Parlament auch auf der bürgerlichen Seite unerträglich. Ich glaube nicht, dass sich irgend eine Partei mit einem solchen Projekt vor die Wählerschaft wagen könnte. Ich bin an die rasche Umrechnung auf das zehnfache noch nicht sehr gewöhnt, aber die einzelnen Steuersätze erscheinen geradezu grotesk, so eine Steuer von 250 K für den Hektoliter Bier. Es ist möglich, daß wir einmal dahin kommen, aber gegen eine solche Preisrevolution müßten wir denn doch noch ankämpfen, weil die eine Revolution eine Reihe von anderen nach sich zieht. Die Volkswirtschaft könnte unter den fortwährenden Anpas-



sungsprozessen nicht zur Ruhe kommen und würde schließlich ganz in Unordnung geraten. Wir müssen eine allmähliche Stabilisierung zur Volkswirtschaft anstreben und verlangen, dass sich die Valuta dem schließlich erreichten Zustande anpasse und nicht umgekehrt.

In den Streit subjektive oder objektive Veranlagung der Vermögensabgabe möchte ich mich nicht einmischen. Mir sind durch die Debatte die Gegensätze etwas verschwommen. Bei der Vermögensabgabe muß wieder der volkswirtschaftliche Gesichtspunkt in den Vordergrund gerückt werden und nicht der Methodenstreit. Es handelt sich bei ihr um das schwierige Problem, Vermögen zur Abgabe zu bringen, ohne die Volkswirtschaft oder den einzelnen Betrieb zu stören. Wenn ich mir vorstelle, daß der einzelne als Individuum zu leisten hat und daß nicht das Vermögensobjekt als solches belastet wird, so kann ich mir das nicht anders denken, als dass der einzelne Versucht ist, große Teile des Betriebskapitals herzugeben oder sich das, was er leisten soll durch Aufnahme von Schulden auf den Betrieb zu verschaffen. Das aber ist ein Effekt, den wir nicht vertragen. Wenn der Unternehmer sein Betriebskapital hergeben soll, wie soll er dann den Betrieb führen? Der Ausweg bei den Aktiengesellschaften, die Ausgabe von Gratisaktien scheint mir noch die geringste Störung im Betrieb zu sein, weil sie keine Opfer an Betriebskapital verlangt. Für Betriebe, welche nicht die Form von Aktiengesellschaften haben müßte eine Rechtsform gefunden werden, die dasselbe bewirkt, nämlich eine Form von gesetzlichen Anteilscheinen auf einen Teil des Betriebserfolges. Bei der Landwirtschaft könnte dies als eine Art Pfandbrief ausgestattet werden. Dann wäre ein Institut einzurichten, das einen ständigen oder wechselnden



Ertragswert sicherstellt, im Übrigen aber den Betriebs-
 ganz ungestört läßt. Bei dieser Form wird das Betriebska-
 pital nicht berührt, sondern nur der Betriebserfolg ge-
 schmälert. Wenn dies das Merkmal der objektiven Method e
 ist, so würde sie mir besser zusagen, weil sie von der
 Volkswirtschaft das geringere Opfer erfordert.

Die Furcht, dass unserer Volkswirtschaft Betriebskapital
 entzogen wird, habe ich auch gegenüber den kreditpoliti-
 schen Vorschlägen des Staatssekretärs Schumpeters. Er
 sagt es sei notwendig, einen ausländischen Kredit und eben-
 so auch einen entsprechenden inneren Kredit zu bekommen.
 Für den Auslandskredit sollen die Auslandsguthaben der Un-
 ternehmungen, soweit sie gehalten werden können, und die
 Kreditbeziehungen der Privaten im Auslande herangezogen
 werden. Dagegen lehnt sich in mir etwas auf, ich weiß
 nicht ob mit Recht oder Unrecht. Wenn ich die so sinn-
 reich ausgedachte Form der Anrechnung auf die Vermögens-
 abgabe in die Praxis umsetze, so heißt das, dass sich
 ein Textilindustrieller von der Vermögensabgabe loskaufen
 kann, indem er Auslandskredit zur Verfügung stellt. Damit
 würde aber nur bewirkt, daß der Betreffende nun keine
 Baumwolle kaufen kann und sein Betrieb darunter leidet.
 Das scheint mir nicht wünschenswert. Auch bezüglich des
 Inlandskredites kommt es darauf hinaus, daß der Unternehmer
 sein Betriebskapital jetzt dem Staat weiter zur Verfü-
 gung stellen soll. Ich halte dafür, daß wir damit das ent-
 gegengesetzte von dem machen, was wir tun sollten. Wir
 sollten doch eigentlich durch den Kredit der Gesamtheit
 den Privatkredit zu Hilfe kommen und nicht dem Privaten
 noch seine Kreditquellen abgraben. Wenn wir wirklich
 darauf angewiesen sind, so werde ich das Unglück einsehen
 und alles auf Staatswirtschaft einrichten. Dadurch kommt



die Volkswirtschaft zum Stillstand. Ich glaube wir täten besser daran, eine Vermögensabgabe, die das Betriebskapital und den Betriebskredit schont wirklich zum tragenden Balken unseres Auslandskredites und auch der inneren Kreditwirtschaft zu machen, statt sie nur so nebenbei anzuvenden.

Die Dinge lassen sich auch anders sehen und zu einem erschöpfenden Urteil werden wir erst kommen, - was aber die nächsten Maßregeln nicht hindern soll - wenn wir einmal das volkswirtschaftliche Sanierungsprogramm in erster Linie betrachten und ihm dann das staatliche Sanierungsprogramm einordnen. Jetzt stellen wir ein staatswirtschaftliches Programm auf und gehen von der stillschweigenden Voraussetzung aus, die Volkswirtschaft werde sich schon darnach einrichten. Ich möchte wünschen, daß sich die Herren recht nachdrücklich an der Debatte beteiligen, denn der Laienverstand trifft das richtige oft besser, als die Schulmeinung.

R e s u m e .

bringend, wenn auch nicht vollständig. Die Sachlage, die das Problem stellen wird. Staatssekretär Schumpeter hat erklärt alles tun zu wollen, um einen Bankerott zu verhindern, einige Minuten später aber sagte er, wir müssen uns auf einen Kronenkurs von 10 Centimes einstellen. Damit sind wir aber dort, wo wir sagen müssen, wir sind verloren und bankrott.

Man müßte vielmehr darnach trachten, den Kronenwert dadurch zu heben, dass man sich um die Erlangung eines Valutadarlehens bemüht. Ich glaube, wir hätten genügend Werte, um ein solches Anleihen zu stützen.



Die Valutareform müßte verknüpft sein mit einer Vermögensabgabe. Wir haben damit schon viel zu lange gewartet, und je länger wir noch zuwarten, desto weniger wird dabei herauskommen. Ich bin ein Anhänger der objektiven Methode, denn mit der subjektiven Methode werden wir bei unserer schlechten Steuermoral nichts erzielen. Auch ist eine objektiv angelegte Abgabe technisch viel leichter durchzuführen und wird einen viel höheren Ertrag bringen als die subjektive Methode. Der Ertrag dieser Vermögensabgabe soll nicht nur zur Abbürdung der Kriegsschulden, sondern auch besonders zur Hebung des Kronenwertes dienen und nach den Wünschen des Staatssekretärs Bauer auch Zwecken der Sozialisierung. Wenn er darunter versteht, dass der Staat Gratisaktien an sich ziehen soll, um damit Einfluß auf gewisse Betriebe zu bekommen, so habe ich nichts dagegen, aber dass ist nicht die Sozialisierung wie sie sich der Staatsbürger gewöhnlich vorstellt.

Das vorgelegte Budget zeigt keine originellen Ideen. Es sind immer wieder nur die alten Steuern, wogegen ich eine Steuerreform nach ganz neuen Richtlinien erwartet hätte. Ich glaube nicht, dass die Parteien ein solches Steuerbudget mit seinen hohen indirekten Steuern annehmen könnten. Das Budget ist schlecht aufgebaut, wir müssen bisher noch nicht beschrittene Wege gehen und eine Steuerreform suchen, die sich nicht an die hergebrachten Richtlinien klammert.

S t ü c k l e r .

Nach meinem Hausverstande dreht sich das Problem darum, ob für den finanziellen Aufbau der Wechselkurs der Krone als Grundlage genommen werden soll. Den Kronenkurs



können wir nicht ändern, aber ich war erstaunt darüber, aus den Ausführungen zu entnehmen, dass wir auf diesen Kronenkurs unsere wirtschaftlichen Verhältnisse aufbauen müssen. Tun wir das wirklich, so glaube ich, daß sofort ein erbitterter Existenzkampf einsetzen würde, die Löhne- und Gehaltserhöhungen würden einen schweren Kampf hervorrufen und einen ähnlichen Kampf hätten wir durchzuführen wenn wir mit dem Steigen des Geldwertes und der Vergrößerung des Warenvorrates wieder an den Abbau der Preise schreiten werden. Darum haben mir die Vorschläge Dr. Bauer besser gefallen und ich glaube, der Mittelweg wäre der beste. Unsere größte Anstrengung wird darauf gerichtet sein, die Krone zu heben. Der Herr Staatskanzler steht auch auf diesem Standpunkt, er ist aber die Antwort schuldig geblieben, wie es geschehen soll. Wir würden im Auslande viel leichter kaufen, wenn die Krone besser stünde, wissen aber nicht, durch welche Mittel das zu erreichen. Dazu haben meiner Ansicht nach die Ausführungen Dr. Bauers einen Fingerzeig geboten, die vorschlagen, die Vermögensabgabe diesem Ziel dienstbar zu machen. Staatssekretär Schumpeter hat gewarnt, an den wirtschaftlichen Gewinne des Inlandes das Ausland teilnehmen zu lassen. Wir würden das gewiss nicht tun, wenn wir nicht dazu gezwungen wären, aber bei unserer Lage scheint es mir die einzige Grundlage zu sein, auf der wir einen Kredit erlangen können. Wenn wir unseren Forstbesitz und die großen Unternehmungen verpfänden müssen, wie es jetzt geschieht, so haben wir diesen Weg ja schon beschritten.

Ich stimme dem Staatssekretär Dr. Bauer darin bei, daß wir die Verhältnisse bei uns nicht so weiter gehen lassen dürfen, sondern schon jetzt eingreifen müssen. Der

/.



Vorgang wie er bei der Alpinen Montangesellschaft vorgekommen ist wiederholt sich in ähnlichen Formen auch auf anderen Gebieten. So enthält der Friedensvertrag die odiose Bestimmung, dass die Italiener das Optionsrecht auf Holz zum Inlandspreis haben. Diesen Inlandspreis führen nun die Italiener künstlich herbei, indem sie die Bestellungen stornieren und sonstige Chikanen ausüben und so die Holzbesitzer, die die Vorräte nicht halten können, zu billigen Abverkäufen zwingen. Sie zahlen jetzt 40 bis 50 Lires gegenüber 180 Lires, die sie früher geboten haben.

Die Vermögensabgabe müssen wir in dem Sinn verwenden, daß sie zum großen Teil den Abbau der Kriegsschulden dient und zum andern Teil die Unterlage für unsere Auslandskredite bildet. Sonst sehe ich nicht ein, wie wir arbeiten sollten. Damit, dass die Vermögensabgabe nach den Grundsätzen Dr. Bauers auch zu Sozialisierungszwecken ausgenützt wird bin ich einverstanden. Ich fürchte jedoch, dass dafür nicht viel übrig bleiben wird. Ich glaube nicht, dass die Gesellschaften kreditfähiger wären, wenn der Staat an ihnen beteiligt ist, denn der Staat ist bisher noch jeden Beweis schuldig geblieben, dass er im Stande sei, einen Betrieb zu führen.



Das Steuerbouquet räumt den indirekten Steuern einen zu weiten Spielraum ein. Es wird zwar in allen Körperschaften immer darauf hingewiesen, man solle mehr auf die direkten Steuern greifen, aber es stellt sich dann immer heraus, dass sich damit ein zu geringes Ergebnis erzielen lässt und man immer wieder indirekte Steuern heranziehen muss. Aber das Verhältnis zwischen beiden sollte besser ausgeglichen werden.

m Es ist richtig, den großen Grundbesitz im gleichen Maße wie die Industrie heranzuziehen. Aber bei jenem großen Grundbesitz, der nicht Waldbesitz ist muß das Betriebskapital geschont werden, sonst kann er nicht weiter arbeiten. Im verstärkten Maße ist das natürlich von der kleinen Landwirtschaft. Dann handelt es sich bei der Vermögensabgabe darum, dass sie rasch zum Ziele führt und darum müssen wir vor komplizierten Schätzungen zurückscheuen, sonst wird sie in Jahrzehnten nicht fertig. Die Frage der Schätzung ist besonders beim Grundbesitz wichtig

Beim kleinen und mittleren Grundbesitz würde ich den größten Wert darauf legen, dass er die erforderliche Bewegungsfreiheit behält und nicht zu große Lasten auferlegt bekommt. Wir haben immer gegen die Verschuldung des Grundbesitzes als Heimschuh für die Entwicklung der Landwirtschaft gekämpft und wir wären in der Landwirtschaft heute viel weiter, wenn sie sich nicht in den 70. und 80er Jahren wegen Mangel an Betriebskapital hätte so verschulden müssen. Die Landwirtschaft muß gewiss mit herangezogen werden, aber anstatt ihr zu große Lasten aufzubürden wäre ich vielmehr dafür, Zwangsmaßnahmen einzuführen, um die Landwirtschaft zu erhöhter Produktion zu nötigen. Der Landwirt muß durch Gesetze gezwungen werden den Grund und Boden zu meliorieren, zu düngen, und in verschiedenster Weise Verbesserungen in der Betriebsführung vorzunehmen. Nur so können wir die Produktion heben. Wenn wir zuschauen, was jeder einzelne macht, können wir die Landwirtschaft nie in die Höhe bringen. Soll aber eine Verbesserung angestrebt werden, so muß den Landwirten das nötige Betriebskapital gelassen werden. Das Beispiel Deutschland zeigt am besten, welche wirtschaftlichen Erfolge man durch die Verbesserung der Bebauung von Grund und Boden



erzielen kann.

Wir müssen also einen Mittelweg wählen und soviel in unserer Macht steht trachten, den Kronenkurs zu heben.

Allerdings bezweifle ich, dass es leicht gehen wird.

Wir müssen uns überlegen, ob es nicht gut wäre, über die heutige Kabinettsitzung ein umfassendes Communiqué auszugeben. Man hört in der Öffentlichkeit die abenteuerlichsten Gerüchte über Meinungsverschiedenheiten unter den einzelnen Staatssekretären. Eigentlich aber besteht in den Grundprinzipien Einmütigkeit. Nur die Wege, die gegangen werden sollen, werden verschiedenartig vorgeschlagen, und ich muss sagen, dass uns die bisherige Debatte sehr befriedigt hat. Wir sind einig, dass die Hebung des Kronenkurses das beste wäre, nur fürchten die einen dass es nicht und andere, dass es nur sehr schwer geht. Wir müssen die wirtschaftlichen Verhältnisse dem Geldwert anpassen, aber die Form, in der darauf hingearbeitet werden soll, erscheint mir nicht die richtige. Allmählich wird sich bei uns doch die Produktion heben, die ausländische Konkurrenz wird sich geltend machen und damit tritt die Notwendigkeit zum Abbau der Preise ein, das mit noch schwereren Erschütterungen verbunden wäre als jetzt die Anpassung an die hohen Preise erfordern würde.

E l d e r s c h .

Ich bin gleichfalls der Meinung, dass die Einstellung der Volkswirtschaft auf einen Kronenkurs von 10 Centimes und selbst von 15 Centimes große Gefahr heraufbeschwört. Prophezeien kann man nicht, darum könnte der Fall eintreten, dass eine Stabilisierung sich überhaupt als unmög-

./.



lich herausstellt. Wir sollen zu einer Verzehnfachung der Löhne und Gehälter kommen. Ich kann mir das nicht vorstellen, weil nicht alle Teile des Staates so nicht Tirol, Salzburg und schon Oberösterreich nicht auf diese Löhne gebracht werden können, wo trotz des Auslandspreises der Krone von 8 Centimes in Tirol eine Fleischspeise um 3 Kronen zu bekommen ist. Durch die vorgeschlagene Methode würde das Fleisch in Tirol auch auf 10 Kronen gebracht werden. Aber wie sich die Einstellung der Löhne auf 10 Centimes gestalten soll, ist eine andere Frage. Sind wir überhaupt in der Lage einen solchen niederen Kurs im Ausland zu halten und kann es unser Bestreben sein die Volkswirtschaft so einzurichten, dass er auf diesem Tiefstand verbleibt. Ich fürchte, dass wir nicht imstande sein werden, den Kronenkurs so zu stabilisieren, dass keine Schwankungen eintreten und wenn der Kurs in die Höhe geht, haben wir einen größeren Schaden als hätten wir uns nicht um die Aufrechterhaltung des Tiefstandes bemüht. Sowie der Kurs steigt, könnte unsere Industrie nicht mehr ausführen. Staatssekretär Schumpeter hat gegen einen solchen Einwand gesagt, wir hätten die Möglichkeit dieser Finanzoperationen, um im Ausland den Kronenkurs zu drücken. Aber solche Transaktionen durchzuführen, wäre doch eine traurige Aufgabe und ich glaube nicht, dass sich die Spekulation dadurch irreführen ließe. In den Zeiten unserer größten Not, wo die Entente durch Ueberschwemmung der Märkte mit Kronen den Kurs herabdrückte, hatte sie damit Erfolg. Ob ein solcher auch uns beschieden wäre, ist eine andere Frage, und ich fürchte, dass sich Schwankungen ergeben werden, welche für die Volkswirtschaft zahllose Gefahrenmomente in sich bergen.



Der Finanzplan macht den Eindruck einer durchaus einseitigen schweren Belastung der städtischen Bevölkerung. Denn wenn von den Luxussteuern und der Wohnungsaufwandsteuer abgesehen wird, sollen 5 Milliarden aus Bier, Branntwein und sonstigen Genußartikeln herausgeholt werden. Das Projekt ist nicht originell, aber die Großzügigkeit kann ich ihm nicht absprechen, denn es kommt mit Steuern, die von der großen Mehrheit der Bevölkerung als Wahnsinn werden bezeichnet werden. Gesetze sind derart, dass sie direkt auf eine Abgewöhnung des Konsums hinauslaufen, was zur Folge hätte, dass die Steuern nicht mehr ihre Wirkung tun können. Die Annahme, aus einer Biersteuer von 2'50 K auf den Liter einen Ertrag herauszubekommen halte ich für einen großen Irrtum. Ungeheuerlich wirkt auch die Abgabe auf Branntwein und Zucker, besonders da wir keinen Zucker erzeugen und im Zuckerbezug den Deutschen tributpflichtig sind.

Ein solcher Steuerplan, nach dem die städtische Bevölkerung allein das Defizit tragen soll, wird von der Öffentlichkeit nicht erst genommen werden und auch wir können einer solchen einseitigen Erhöhung der Steuer zu Lasten der städtischen Bevölkerung nicht zustimmen. Die Landwirte haben bei den Genußmitteln, welche besteuert werden sollen, besonders beim Alkohol die Möglichkeit, sich durch ihre eigenen Produkte der Besteuerung zu entziehen. Dabei soll die Grundsteuer den Ländern überwiesen werden, was den Eindruck erwecken wird, daß es überhaupt zu keiner ordentlichen und zeitgemäßen Reform der Grundsteuer kommen wird, weil in den Landtagen die Mehrheiten der Landwirtschaft günstig gesinnt sind.

Es hatte heute den Anschein, als ob die Gegensätze



zwischen Dr. Schumpeter und Dr. Bauer eine wesentliche Milderung erfahren hätten. Staatssekretär Schumpeter hat gerade in jenen Punkten, auf die es ankommt, heute Meinungen geäußert, die von seinen vorigen durchaus abweichen, so z.B. erklärte er vorgestern für die subjektive Methode zu sein, obwohl ihm die objektive sympathischer wäre. Heute dagegen erklärte er bei einzelnen Objekten die objektive Methode anzunehmen. Der Herr Staatskanzler hat die Befürchtung ausgesprochen, dass im Falle man die Auslandswerte unserer Staatsbürger durch Kreditgewinnung heranzieht, damit die Mittel zum Rohstoffbezug in Anspruch genommen würden. Ich glaube nicht, dass jemand Auslandsbeziehungen zur Verfügung stellen wird. Für den Unternehmer ist es viel wertvoller, die Werte im Ausland zu behalten und ich halte die Begünstigungen in der Vermögensabgabe nicht für so verlockend, dass der Industrielle darin einen Vorteil sehen könnte, seinen Auslandswerte dem State zur Verfügung zu stellen. In großer Teil der Leute, die ihr Vermögen im Ausland haben, sind Schieber und Schwindler, die ihre Werte eigens zu dem Zweck hinausgebracht haben, um sie der Vermögensabgabe zu entziehen. Ich kann mir also nicht denken, dass wir da einen großen Erfolg haben werden.

Von den beiden Methoden der Veranlagung der Vermögensabgabe halte ich die objektive für die einfachere. Unserem Steuerapparat könnte eine Aufgabe, wie sie die subjektive Methode erfordert gar nicht zugemutet werden. Ich meine, dass die Vermögensabgabe mit dazu verwendet werden soll, den Staat an der Industrie und gewissen volkswirtschaftlich wichtigen Unternehmungen zu beteiligen. Das ist zwar keine Sozialisierung im eigentlichen Sinne des Wortes, für den Staat aber doch vorteilhaft. Dass die Unter-



nehmungen dadurch eine Einbusse in ihrer Kreditfähigkeit erleiden würden glaube ich nicht, weil die Beteiligung des Staates keine so große wäre, als dass das Ausland daran Anstoß nehmen könnte.

Meiner Meinung nach muß es sich uns zunächst darum handeln, größere Klarheit zu bekommen und vom Staatssekretär für Finanzen eine deutliche Darstellung seiner Absichten zu erhalten. Denn in der heutigen Debatte haben sich die Gegensätze so verwischt, dass man nicht mehr weiß, worauf es ankommt. Man weiß, dass Dr. Schumpeter andere Wege gehen will, aber in entscheidenden Punkten hat er eine Nachgiebigkeit gezeigt, das man sich nicht mehr auskennt.

H a n u s c h .

Mir ist der Schreck in die Glieder gefahren, als ich den Finanzplan hörte, weil eine Reihe von Dingen nicht darin enthalten ist, die den Staat aber ganz furchtbar belasten müßten. So haben wir unsere ganzen Invalidenpensionen, eine Ausgabe für die nächsten 30 Jahre aufgebaut auf dem Lohn- und Einkommen von 1914 / 1915. Wenn alle Dinge auf das Zehnfache steigen und die Löhne verzehnfacht werden, so müßten wir auch die Invalidenpensionen erhöhen. Das würde nicht weniger bedeuten, als dass wir statt der jetzigen 350 Millionen Kronen für die Kriegsinvaliden 3½ Milliarden aufzubringen hätten. Weiters müßten die ganzen Versicherungsinstitute sofort umgewandelt werden, denn sie sind auf den Friedenslöhnen aufgebaut und wir haben erst in den letzten Gesetzen das Lohnminimum erhöht. Wenn wir das verzehnfachen, so bedeutet das eine Revolutionierung in der Bemessung der Beiträge und der Bemessung der Renten. Die jetzigen Erscheinungen waren



erträglich, weil man sie als einen vorübergehenden Zustand angesehen und daher weitgehende Änderungen nicht vorgenommen hat. Wenn wir uns aber mit der Tatsache vertraut machen sollen, dass wir für die nächsten 4 Jahre mit solchen Beträgen zu rechnen haben, so müssen wir alles dem Finanzplan anpassen und wir kommen in eine furchtbare Periode hinein. Das sind nur einige wenige von den Dingen die für mein Ressort in Frage kommen.

Heute, wo die Krone auf 10 Cent ^{sich}mes steht und/die Löhne mit dieser Verzehnfachung noch nicht angepasst haben, ist unsere Exportindustrie in der Lage, wegen der Kursspannung höhere Löhne zu zahlen. Bei der Verzehnfachung der Löhne, also ihrer Gleichstellung mit der Auslandswaute wird jede Konkurrenzfähigkeit mit dem Ausland unterbunden und alle Exportmöglichkeit vernichtet. Die Löhne werden gegenwärtig noch getragen, weil man den heutigen Stand als eine vorübergehende Erscheinung ansieht. Ich bitte dringend von der Verzehnfachung der Gehälter und Löhne in der Öffentlichkeit nur ja nichts verlauten zu lassen, das würde eine Katastrophe bedeuten und unser ganzes Wirtschaftsleben zertrümmern ohne dass daraus eine Steuer oder eine Vermögensabgabe einginge. Wir hätten nur die Forderungen

Für die Industrien ist eine subjektive Vermögensabgabe überhaupt nicht diskutabel. Sie darf nicht mehr von demselben Gesichtspunkt aus beurteilt werden wie im Frieden. Ein Seidenwarenfabrikant z.B., der früher in 3 Monaten 60.000 K Betriebskapital nötig hatte, braucht heute für die gleiche Zeit 1 1/2 Millionen. Wird die Vermögensabgabe subjektiv veranlagt, so geht das Betriebskapital zwar in die Hände des Staates über, aber die Industrie wird lahmgelegt, weil sie im Auslande keine Rohstoffe einkaufen kann. Das wäre der sichere Bankrott.



Ich habe mich bisher mit der Tatsache abgefunden, indem ich mir sagte, wir leben gegenwärtig in einer furchtbaren Zeit, in die uns der Krieg hineingetrieben hat, aber wir werden in der Lage sein, die Preise abzubauen und die Valuta zu heben. Wird aber ein solcher Finanzplan vorgelegt, so gibt es keine Rettung mehr, das ist der Untergang.

Nun zu den indirekten Steuern. Gewiß, alle, auch der Arbeiter und Angestellte müssen Lasten tragen. Die Stellung des Arbeiters im Staate ist ja heute eine andere geworden, als wie es früher war. Aber wenn die Arbeiter und Angestellten zu der Anschauung kämen, dass sie allein als „Wurzeln“ für die Sanierung des Staates ausersesehen sind, so ist das ein politisch unmöglicher Zustand. Wenn ich einen Finanzplan ausarbeite, so habe ich auch die Pflicht, mir vor Augen zu halten, was ich den Parteien zumuten kann. Die indirekten Steuern in dieser Form sind eine Unmöglichkeit, und könnten von der Arbeiterpartei nicht vertreten werden, wenn sie nicht hinweggefegt werden will.

Ich habe gegen den Finanzplan die schwersten Bedenken. Lasten müssen getragen werden, aber sie müssen so aufgebaut sein, dass alle paritätisch dazu beitragen und nicht bei einem Teil das Gefühl entsteht, allein davon getroffen zu sein.

B a u e r.

Ich möchte zunächst meine besondere Genugtuung über die Ausführungen des Staatssekretärs Stöcklers aussprechen, in denen er die Meinung vertritt, man könnte die Hebung der Produktivität der Landwirtschaft auch durch



Zwangsmitteln herbeiführen. Wir sehen wie in weiten Ge-
 aus eigenen Stücken
 bietendes Landes die Bauern/nicht zu einer ordentlichen
 Wirtschaftsführung zu gelangen vermögen. Um nur ein ro-
 hes Beispiel zu geben: die Wirtschaft mit der Jauche
 ist eine Verschwendung von Volksvermögen zum Nachteil
 der Landwirte selbst und des ganzen Landes. Ich meine,
 daß man keine bürokratischen Maßregeln ergreifen darf,
 sondern die Durchführung durch autonome Organisationen
 zu geschehen hätte. Aber ich glaube, dass die Sache mit
 der Vermögensabgabe in Zusammenhang gebracht werden muß.
 Die Landwirte haben jetzt viel mehr Barmittel verfügbar
 als früher und könnten daher solche Investitionen leicht-
 ter vornehmen. Die Vermögensabgabe nimmt ihnen sonst
 nun aber einen Teil der Barmittel weg. Ich wäre bereit,
 jeder Maßnahme zuzustimmen, welche sagt, dem Bauer wird
 weniger weggenommen, wenn er den ihm belassenen Teil
 für die Steigerung der Produktivität des Grundes ver-
 wendet. Ein solcher Vorgang würde äußerst günstig auf
 den Geldwert wirken, denn die Herabminderung des Getrei-
 deimportes durch Steigerung unserer eigenen Produktion
 wäre ja die beste Valutapolitik. Bei dieser Aktion könn-
 ten auch zahlreiche Kräfte verwendet werden, mit denen
 wir jetzt nichts anzufangen wissen. Besonders aus den
 Kreisen der Offiziere, wo sich ja immer Vorliebe und Be-
 gabung für die Landwirtschaft zeigte, ließen sich nach
 nur kurzer Ausbildung brauchbare Kräfte bekommen. Ich wä-
 re sehr dankbar, wenn das Staatsamt für Landwirtschaft
 ersucht würde, die nötigen Vorbereitungen zu treffen,
 damit im Zeitpunkt der Gesetzwendung der Vermögensabga-
 be auch gleich darüber Maßnahmen verflert werden können.
 Das würde politisch manches erleichtern; man könnte die
 Schonung des Bauernstandes vor der städtischen Bevöl-



kerung vertreten, wenn man darauf hinweisen kann, daß die Mittel, welche dem Bauer belassen werden, zu produktiven Zwecken Verwendung finden.

Es wurde viel besprochen über die Frage des Geldwertes, Es ist nicht unser Belieben, wo sich der Kronkurs stabilisieren wird, sondern hängt von der Entwicklung der Zahlungsbilanz ab. Die Passivität gegenüber dem Kurstiefstand ist jedenfalls ein Fehler und ich habe den Eindruck, dass wir hier passiver gewesen sind, als notwendig war. So mancher dringende Maßnahme, wie der Verwertung der Kunstschatze, hätten wir schon viel früher greifen sollen und so steht es mit anderen Belangen auch. Es handelt sich mir aber nicht um eine Kritik der Vergangenheit, sondern um Vorsorgen für die Zukunft. Der Herr Staatskanzler meint, der Kurs sei ein Barometer. Ich glaube das Bild ist aber falsch. Fragt man sich, ob es ein Mittel gibt, den Kronenwert wesentlich über das von mir als möglich bezeichnete Maß zu erhöhen, so muß ich sagen, dass man ^{ihn} allerdings durch radikale Maßregeln sprunghaft in die Höhe treiben könnte. Wird die Krone abgestempelt, gleichzeitig ein Abbau aller Gehalte und Löhne vorgenommen und daneben durch eine radikale Steuer auf das Einkommen das Einkommen der Besitzenden verringert, so kann die Krone selbst auf 105 gehoben werden. Aber das würde eine noch viel ungeheuerlichere Umwälzung hervorrufen, als alles bisherige. Es ließ sich bei der Vermögensabgabe vielleicht eine Abstempelung vornehmen, aber das könnte wohl niemand empfehlen, der die Folgen überlegt. Es würde ein plötzlicher Lohn- und Preisabbau eintreten, mit Rückwirkungen, die wir nicht aushalten könnten. Ein sehr starker Staat vermag vielleicht auch etwas derartiges zu machen, als schmerzhaft Operation, aber wir würden es nicht ertragen. Eine wirklich radikale Hebung des Kronenkurses bleibt also außer Betracht.



Wir müssen daher mit einer weitgehenden Entwertung der Krone weiterrechnen. Das bedeutet, daß der Rentner in hohem Maße den Krieg bezahlt, was gewiß eine böse Sache ist, besonders wenn man sich darüber klar wird, wer der Rentner eigentlich ist; das sind auch alle Leute, die Sparkassaeinlagen haben. Diese haben in den Kriegsanleihezeichnungen der Sparkassen dem Staat mittelbar Geld geborgt und nun ist der Staat nicht mehr im Stande, ihnen in vollwertigem Gelde Rückzahlung zu leisten. Gewiß sollen nicht sie allein das Opfer sein, aber nach der Gestaltung der Dinge müssen sie in höherem Maße als andere Opfer werden. Die Geldentwertung läuft darauf hinaus, daß jene Klasse, die Staatsgläubiger ist, besonders belastet wird. Darum paßt der Vergleich mit dem Barometer nicht; die Valuta ist kein Barometer, sondern die Form, in der sich die Geldentwertung vollzieht.

Durch die subjektive Vermögensabgabe wird dem Unternehmen Betriebskapital entzogen, durch Gratisaktien geschieht das nicht. Der Unterschied ist aber geringer, als man glauben möchte. Bei der subjektiven Methode wird dem Unternehmen Betriebskapital genommen, es muß sich den Banken verschulden und bekommt von der Bank das als Vermögensabgabe geleistete Geld zurück, weil dafür bei den Banken der Staat Kriegsanleihe eingelöst hat. An Stelle des eigenen Kapitals tritt also fremdes. Dasselbe geschieht aber auch bei den Gratisaktien. Durch Gratisaktien wird zwar nicht das Betriebskapital geschmälert, aber ein Unternehmen, dem Gratisaktien auferlegt worden sind, kann schwerer eigene Aktien ausgeben und muß sich wieder verschulden. Man soll sich also nicht zu sehr durch die Rechtsformen täuschen lassen, es kommt immer nur auf die ökonomischen Folgen an.



Dasselbe gilt auch vom Staatsbankrott. Ich bin kein Anhänger des Staatsbankrotts, aber er ist nur eine andere Form für dieselbe Sache. Ob unter dem Titel Vermögensabgabe die Hälfte weggenommen wird, oder mit der Hälfte Bankrott gemacht wird, ist ökonomisch das Gleiche. Die Wahl der Form ist eine politische Frage. Die Vermögensabgabe bringt den Bankrott in eine geregeltere Form. Aber sollte die Bevölkerung den Ernst der Lage nicht begreifen wollen und die nötigen Opfer nicht freiwillig bringen, dann bleibt nichts übrig, als die Form des Staatsbankrottes zu wählen. Wenn der Staat sagt, ich kann nichts mehr zahlen, so würde das Volk das verstehen. Ich würde sehr bedauern, wenn zu diesem Mittel gegriffen werden müßte, aber die Bevölkerung will noch immer nicht glauben, dass sie den Krieg bezahlen muß. Darum wäre es vielleicht nicht so unvernünftig, mit der Psychologie des Volkes zu rechnen und den Staatsbankrott zu machen, mit ihm aber eine Vermögensabgabe zu verbinden. Ich denke nicht an eine gänzliche Ausserkraftsetzung der Staatsschulden, sondern zunächst nur an eine Verkürzung der Zinsen auf 50 % und die Vermögensabgabe hätte dann jene Teile zu treffen, die durch die Zinsenkürzung nichts eingebüßt haben. Bei einer Vermögensabgabe werden die ~~Anteile~~ um jedes Prozent der Ansätze kämpfen, den Bankrott aber werden sie hinnehmen, weil an die Kriegsanleihe ohnedies niemand mehr glaubt. Es ist bezeichnend, daß die „Neue Freie Presse“ jetzt fortwährend für den Staatsbankrott Stimmung macht. Für die Taktik ist es ein sehr wesentliches Moment, das die Bevölkerung die Erklärung des Staates, ich kann nicht oder nur die Hälfte zahlen, ruhiger hinnehmen wird. Das schwerste an der Vermögensabgabe ist, daß die Kreditinstitute um einen Teil



ihrer Anlagen kommen und daher die Sparkassen, Raiffeisenkassen u. s. w. die Einlagen gleichfalls entsprechend kürzen müssen. Es tritt also im Rahmen einer objektiven Vermögensabgabe die Kürzung nur auf einem anderen Wege ein, als wenn man sagt, der Staat kann nicht zahlen. Darum meine ich, dass man vielleicht bezüglich einzelner Vermögensobjekte die Form des Staatsbankrottes, nicht die Einstellung sondern nur die Kürzung der Zinsen vorziehen sollte. Allerdings wäre dabei zu berücksichtigen, daß ein Staatsbankrott den Auslandskredit schwer gefährden würde. Wenn sich die Parteien auf ein Programm mit hinreichenden Opfern einigen könnten, ließe sich der Bankrott vermeiden. Nach meiner Ueberzeugung ist der Gegensatz zwischen Staatssekretär Schumpeter und mir größer als er selbst ihn auffaßt. Das tritt nicht so sehr in die Erscheinung, wenn die Angelegenheiten allgemein behandelt werden, wohl aber dann, wenn man sie ziffernmässig betrachtet. Der Finanzplan hat ein Mehrerfordernis von 80 Milliarden. 1'8 Milliarden werden unbedeckt gelassen, also im ganzen die Deckung für 6'2 Milliarden aufgebracht. Davon sollen 5 Milliarden durch indirekte Steuern aufgebracht werden und von dem Rest gegenüber 11 Milliarden werden zwar 8 Millionen als Ersparnis infolge der Kriegsenleihe abgerechnet, gleichzeitig damit aber 2'3 Millionen als Wegfall der Zuschüsse zu den Lebensmittelkäufen abgeschrieben. Es sollen also 7'9 Milliarden durch Erhöhung der Genussgüterpreise eingebracht werden im Vergleich zu 8 Millionen Kronen als Erträgnis der Vermögensabgabe. Das ist ein unmöglicher Finanzplan. Dabei nimmt Staatssekretär Schumpeter die Verzehnfachung durchaus nur bei der Bedeckung vor, dagegen nicht beim Erfordernis. Da geschieht es nur bei den Gehältern, obwohl aus dieser Geldentwertung



•/•

z.B. auch die Erhöhung aller sachlichen Staatsausgaben folgt, von den Pensionen und den sozialpolitischen Ausgaben aller Art ganz abgesehen. Schließlich ist dabei für die Beschaffung von Auslandskrediten, die das entscheidende Problem bildet, nicht in genügender Weise vorgesorgt. Die gemachten Vorschläge erscheinen mir nicht zulänglich. Bei meiner Auffassung steht es so, daß die Sache nur gemacht werden kann, wenn die Vermögensabgabe zum Kern der Aktion wird, sie muß das Wesentliche sein, und daher viel mehr liefern. Dazu sind vor allem viel höhere Sätze notwendig, und man müßte so weit gehen, als man eben nur bei der objektiven Methode gehen kann. Das Moment des Außenkredites muß über das bloße Abtöndungsmoment gesetzt werden. Ich habe kein Bedürfnis darnach, hier einen unüberwindlichen Gegensatz zu konstruieren und wenn Staatssekretär Schumpeter meint, man werde sich bei der Durchführung im Detail verständigen können, so ist mir dies nur sehr recht.

Bezüglich der Sozialisierung bin ich anderer Meinung als die hier vorgebracht wurden. Staatssekretär Eldersch und Dr. Resch meinen, das was ich vorschlage sei keine Sozialisierung. Worum es sich mir handelt, ist, daß der Staat sich auf gewisse Industriezweige einen Einfluß sichert. Wenn daraus Bedenken geäußert werden und gefürchtet wird, die bloße Tatsache, daß die Aktien einer Gesellschaft im Portefeuille des Staates oder auch nur der Postsparkassa liegen, werde unseren Kredit im Auslande erschüttern, dann werden wohl die anderen Gefahren, die unseren Kredit bedrohen, unterschätzt. Der Kredit ist erschüttert, weil das Ausland kein Vertrauen hat in unseren Mut, soziale Reformen ohne Erschütterungen durchzuführen. Zeigen wir aber dem Ausland bloß einmal, daß



wir diesen Mut haben, dann werden wir Kredit bekommen. Wenn die breiten Massen sehen, daß neue Wege geganggen werden und ihre Bedürfnisse und Ideale dabei Berücksichtigung finden, so wird sich die Entwicklung leichter in Ordnung vollziehen. Man darf die psychologischen Momente nicht unterschätzen und daran mehren, daß die Vermögensabgabe zu gewissen sozialen Maßnahmen verwendet werden sollte. Die breiten Massen der städtischen Bevölkerung werden dann zu den ihnen auferlegten Opfern bereit sein und die ausländischen Bankiers werden uns schon borgen, wenn sie sehen, daß wir zahlungsfähig sind.

L o e w e n f e l d - R u s .

Ich vermisse im Finanzexposé die kreditpolitischen und finanziellen Vorsorgen für die allernächste Zeit. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Erlangung von Auslandskrediten sind doch Maßnahmen, die eine längere Zeit beanspruchen, und daher nicht so bald werden wirksam werden, besonders weil sie mit der Vermögensabgabe in Verbindung gebracht sind. Ich befinde mich mit der Beschaffung der Lebensmittel in einer solchen Notlage, daß ich absolut nicht weiß, wie mir die finanzielle Bedeckung für die Kreditbeschaffung zur Verfügung gestellt werden wird. Der Verkauf der Kunstwerte kann nicht genügen, denn die 10 Millionen holländische Gulden aus dem jetzt zur Veräußerung bestimmten Posten reichen höchstens für den Bedarf eines Monats. Einen Weg die Erfordernisse der späteren Zeit zu decken, sehe ich nicht. Die Registrierung der Geldentwertung scheint mir diese Schwierigkeiten noch zu verstärken. Wenn man sagt, die Krone soll auf 10 Centimes stabilisiert werden, so registriert man vielleicht den heutigen Wert der Krone im Auslande, nicht



aber den Wert der Krone im Inland zu mindestens nicht ihren gegenwärtigen Wert in den Ländern draussen. Es wird ja jetzt schon gesagt, dass Oberösterreich eine andere Währung hat als Wien. Der tatsächliche Inlandswert ist zwar niedriger als die Höchstpreise aber höher als die Schleichhandelspreise, und außerdem verschieden nach den einzelnen Ländergebieten. Wird für das Inland ein derartiges Axiom aufgestellt, so hat das ein ungeheuerliches Hinaufschneellen der Preise zur Folge, und zwar ^{außer} bei den Lebensmitteln. Für die Lebensmittel, die wir einführen müssen ist dieser Verhältnissatz zwar richtig, aber wir haben zahlreiche Lebensmittel, die im Inland produziert werden und diese müssen in der gleichen Weise in die Höhe gehen. Daraus folgt eine Verteuerung auch der Industrieartikel. Umgerechnet nach der Valuta haben wir billige Preise. Wird aber die Krone auf den Weltmarktpreis stabilisiert, so bedeutet das, daß man die Exportprämie für die Industrieartikel zunichte macht und jede Exportmöglichkeit unterbindet. Rohstoffe und Lebensmittel werden wir aber nur dann bekommen, wenn wir in genügendem Maße auch unsererseits exportieren können.

Unter den neuen Verhältnissen könnte von einer Abstufung der Lebensmittelpreise nach Einkommensstufen keine Rede mehr sein. Die Erhöhung der Gehalte um 2½ Milliarden würde paralyisiert durch die Verteuerung der Lebensmittel.

Das Amt für Volksernährung ist besonders interessiert an den indirekten Steuern. Die für die beabsichtigten Erhöhungen herausgegriffenen Artikel scheinen mir sehr unglücklich gewählt, insbesondere Zucker und Branntwein, weil wir diese Artikel nicht selbst erzeugen. Ihre Belastung ist daher keine Steuer mehr, sondern ein



Finanzzoll und ich frage mich, ob wir in der Lage sein werden, einen solchen dem Auslande gegenüber durchzusetzen. Die anderen Steuern halte ich für grotesk, und glaube, daß auch die Rechnung ganz falsch ist, besonders bei Bier wird sie ganz unrichtig gestellt. So verwunderlich es klingt, muß ich sagen, daß ich eine Mahlsteuer in der Form eines Getreidemonopols für erträglicher halte. Sie würde auch die Möglichkeit einer leichteren Handhabung bieten. Der Mehlpreis könnte dann, wenn der Weltpreis es gestattet, vom Staate aufgefangen und die Entwicklung der Preise verlangsamt werden. Das gleiche gilt für die Kohlensteuer. Ich würde das Handelsmonopol einer riesigen Steuererhöhung vorziehen.

M i k l a s .

Die Debatte hat die Dinge einigermaßen geklärt. Die Annahme, daß man die Krone auf 10 Centimes stabilisieren soll, scheint uns aus innerpolitischen Gründen nicht möglich. Wir müssen eine Hebung des Kurses wenigstens anstreben. Von der möglichen Erreichung dieses Zieles hängt der Auslandskredit und die Möglichkeit der Beseitigung innerer Schwierigkeiten ab. Radikale Mittel zur Hebung der Krone hätten innerpolitische und soziale Störungen im Gefolge. Es bleibt also nichts übrig, als durch allmählich wirkende Mittel eine langsame Erholung des Kronenwertes zu erzielen und diesen dann zu stabilisieren. Als erstes Mittel dafür kann nichts anderes in Frage kommen, als die rascheste Durchführung der Vermögensabgabe. Die Bevölkerung wartet schon lange auf sie, und je weiter ihre Einführung verzögert wird, desto schlechter wird sie ausfallen ganz abgesehen davon, daß sich immer mehr Werte verflüchtigen.



Welche Methode gewählt werden soll, will ich nicht erörtern, aber je einfacher sie ist, je mehr ein umständlicher Apparat vermieden wird, desto rascher wirkt die Vermögensabgabe und desto größer wird ihr Ertrag sein. Ich würde sogar Prämien auf die vorzeitige Einzahlung aussetzen, damit wir raschestens zu flüssigen Geldern kommen. Vom Ertrag soll ein Teil zur Abbüdung verwendet werden, ein weiterer zur Beschaffung ausländischer Valutakredite, soweit dadurch nicht die Gläubiger um die Möglichkeit gebracht werden, sich Rohstoffe zu beschaffen, und ein beträchtlicher Teil der Mittel wird als verbendes Kapital zur Kräftigung unserer Volkswirtschaft in den Händen des Staates zurückbleiben müssen. Der Wiederaufbau der Volkswirtschaft kann sich nicht ohne scharfe Zwangsmaßnahmen vollziehen. Derartige Zwangsmaßnahmen zur Meliorierung der Wirtschaft müssen aber nicht nur bezüglich der Landwirtschaft, sondern ebenso auch bei der Industrie ergriffen werden. Bei der Landwirtschaft denke ich besonders an die zwangswaise Kommassation. Preussen hat anfangs des vorigen Jahrhunderts diese Kommassation in Ostpreussen durchgeführt und heute noch zieht die Landwirtschaft davon den Nutzen, so das Deutschland mit der Verpflegung viel besser durchhalten konnte als wir. Ob die politischen Parteien zu Zwangsmaßnahmen stark genug sein werden, kann ich heute nicht erörtern.

Außer der Mitbeteiligung des Staates an der Volkswirtschaft müssen wir das verbende Kapital auch anderwärts suchen. Wir müssen trachten, ausländisches Kapital heranzuziehen. Auch das ausländische Kapital muß sich an unserer Volkswirtschaft interessieren, nicht bloß



bei den grossen privatwirtschaftlichen Unternehmungen, sondern auch bei den grossen staatlichen Betrieben. Ist dies erreicht, dann wird das ausländische Kapital auch an / den Arbeitern und Angestellten der Betriebe ein Interesse haben, wird sie mit Lebensmitteln beliefern, wird für aktive Bilanzen sorgen und uns die Möglichkeit geben, an dem Plus von Staatswegen teilzunehmen.

Was die andere Form des Bankrotts betrifft, die Couponkürzung, so möchte ich davor dringendst warnen. Dabei müsten die gemeinnützigen Institute fürchtbar zu Schaden kommen und nicht minder auch der Staat, der seine öffentlichen Fonds, wie Pensionsanstalt, Religionsfond u. dgl., mit Kriegsanleihe vollgepflegt hat. Das Manko das sich aus der Kürzung ergibt, müste doch wieder vom Staat ergänzt werden.

P a u l .

Ich möchte auf einen psychologischen Eindruck hinweisen. Ich habe vorgestern dem Kabinettsrat mit einem Gefühl der Niedergedrücktheit und Beschämung verlassen, weil ich das vorgetragene Exposé so wenig verstanden habe und nur sagte, wenn ich es nicht verstehe, wie soll der Finanzplan erst draussen verstanden werden. Nach der Rede Dr. Bauer's habe ich aufgetatet, weil mir vieles klarer geworden ist, ich bin aber wieder gedrückt geworden infolge der Rede des Staatssekretärs Schumpeiter und der weiteren Debatte.

Ich muß annehmen, daß alle Folgen, die der Finanzplan in seinen Einzelheiten hervorrufft, genau überlegt wurden und trotzdem hat immer nur das Eine Bedenken erweckt, daß Bier und Wein teurer werden würden. Sind schon diese



Folgen uns so ungeheuerlich erschienen, so müssen wir uns fragen, was wird erst geschehen, wenn der Finanzplan in die Öffentlichkeit kommt und jeder sich davon heraussucht, was ihm gerade am meisten auf dem Herzen liegt. Wie kommt man um diese Wirkung herum, damit nicht der große Gedanke vernichtet wird.

Ein besonders drückendes Gefühl empfinde ich, wenn ich an das Ressort und die letzte Bewegung unter den Eisenbahnern denke. Wir haben den Bediensteten immer gesagt, es müsse durch die Hebung der Valuta zu einer Verbilligung der Preise kommen. Ganz Deutschösterreich wartet nun auf einen Finanzplan, der genau darlegt, was von Woche zu Woche geschieht, alles mit dem Ziel, die Krone zu heben. Nun kommt ein Finanzplan, der von der Stabilisierung des Kronenwertes auf den jetzigen Stand spricht, dafür aber die Löhne erhöht. Die Arbeiter werden sagen, die Lohnerhöhung wollen wir, die anderen Folgen des Finanzplanes lehnen wir ab. Denn ich bin überzeugt, daß der Arbeiter trotz der Lohnerhöhung nicht geneigt sein wird, für die Lebensmittel höhere Preise zu zahlen. Ich weiß nicht, auf welche Art wir der Öffentlichkeit am besten sagen können, daß wir eigentlich keinen Finanzplan haben. Einen Finanzplan, der hier in der Richtung kleiner Dinge derartig kritisiert wurde, kann die Kritik der Öffentlichkeit unsoweniger vertragen.

S c h u m p e t e r .

Ein anderer Finanzplan als der vorgelegte, hätte die entgegengesetzten Nachteile und man wird sich bald überzeugen, daß vieles von dem, was angegriffen wurde, weit weniger schwer ist, als man glaubte, dagegen andere



was durch ihn verhindert wird, viel verhängnisvoller gewesen wäre.

Zu den Darlegungen des Herrn Staatskanzlers bemerke ich : Wir haben nur zwei Wege, entweder wir akzeptieren den Geldwert und erblicken unsere Aufgabe darin, ihn vor weiterem Sinken zu bewahren, oder wir stampeln ab. Dadurch könnten wir zwar eine Hebung des Kurses bewirken, wir hätten damit aber keine reelle Wertsteigerung erreicht, sondern könnten nur einen nominellen Erfolg erzielt haben.

Was die Bedenken des Staatssekretärs Henusch bezüglich der Invalidenpensionen anlangt, so ist es richtig, daß die Invalidenrenten erhöht werden müssen. Nur wird die Erhöhung nicht das zehnfache, sondern vielleicht das doppelte ausmachen. Zu verzehnfachen brauchen wir sie nicht, weil in den Renten nicht die Löhne von 1914, sondern spätere zugrunde liegen und weil, wie alles, was nicht produziert, jetzt eben auch die Invaliden Kürzungen im Einkommen über sich ergehen lassen müssen. Die Versicherungsinstitute müssen umgewandelt werden. Besonders was das dreissigprozentige Eindeckungsverfahren betrifft.

Eine Exportprämie ist nur gegeben, solange sich der Geldwert im Sinken befindet, hat er sich einmal stabilisiert, so fällt sie weg. Hebung der Exportfähigkeit und dabei gleichzeitig Hebung auch der Krone, ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Zu dem Einwand, daß die subjektive Methode Betriebskapital in Anspruch nimmt, muß ich bemerken, daß wir uns von der Vorstellung des Abbaues der Preise endgültig losmachen müssen. Wir werden dann sehen, daß der von uns beschrittene Weg viel weniger schwierig ist, als der andere Weg.



62

Was Unterstaatssekretär Miklas sagte, ist ungefähr das, was ich beabsichtige; nur meine ich, daß die Stabilisierung des Geldwertes in einem Jahre wird als sehr erwünscht angesehen werden, sie dann aber schon unerreichbar sein wird.

Staatssekretär E l d e r s c h hat den Gedanken, daß es schade wäre, den inneren Geldwert der Krone auf ihren Kurswert herabzudrücken. Was das betrifft, so werden sich trotz aller Zwangs- und Preisbestimmungen die Preise in die Höhe setzen und der innere Geldwert wird immer mehr sinken. Wenn heute in den Preisen der einzelnen Provinzen so große Unterschiede bestehen, so wird das nicht nur von langer Dauer sein, denn der freie Handel wird die Preise überall auf das gleiche, wenn auch gegenüber jetzt vielfach höhere Niveau bringen.

Ich muß mich dagegen verwahren, daß in meinem Finanzplan eine Ueberbelastung der breiten Massen vorliege. Die Konsumptionssteuern ruhen nicht allein auf den breiten Schichten und man darf nicht vergessen, daß zudem die Vermögensabgabe mit einem Satz von 60 % in der höchsten Stufe der besitzenden Klassen alle verfügbaren Mittel wegnimmt. Eine Erhöhung der ~~U~~indirekten Steuern gleichzeitig mit der Vermögensabgabe ist unmöglich.

Aus der Vermögensabgabe will ich alles herausholen, was sich aus ihr herausholen läßt. Die Anwendung der objektiven Methode erleichtert das nicht. Eine Erleichterung könnte eintreten bei einheitlichen Sätzen. Aber die Volkswirtschaft verträgt es nicht, daß wir auf die Progression verzichten. Machen wir Abstriche für die Armen und eine Supertaxe für die Reichen, so kommt eine derartige Kompliziertheit heraus, daß die Technik nicht leichter, sondern schwerer als bei der subjektiven Methode wird



Der dem Kab. Rate vorgelegte Entwurf der Vermögensabgabe ist so eingerichtet, dass man sie als Subjektiv bezeichnen kann. Wenn man unter objektiv jene Methode versteht, die dem Staate konkrete Vermögensobjekte in die Hand gibt. Ich meine aber durchaus nicht, dass man bei der Vermögensabgabe auf alle objektiven Momente verzichten soll.

Mit den Obligationen einer Treuhand-Gesellschaft werden wir wenig Glück haben. Die Frage muss erst durch eine Enquete genau untersucht werden.

St. S. L. Ö e w e n f e l d - R u s s vermisst im Finanzplan Detailmassregeln für die nächsten Wochen. Hatte ich darüber sprechen wollen, so hätte ich viel länger eine ausführliche Ausführung gebraucht. Es gibt mehrere Wege, die Kurshebung verbunden mit einer Kuponkürzung, wie sich die heute finance die Lösung vorstellt. Dann gibt es noch als zweiten Weg die radikale Sozialisierung. Der letztere wäre etwa vor 4 Monaten diskutabel gewesen, als die Entwicklung der Dinge nach links zu ging. Heute ist der Weg für den Augenblick nicht gangbar. Nach dem gegenwärtigen Stande der Dinge ist der vorgetragene Finanzplan das einzig Mögliche, denn man hat nur die Wahl zwischen ihm und dem Zusammenbruch.

Ich bitte jedenfalls um die Gelegenheit, auf alle Einwürfe antworten zu können. Der Ernst, den wir in der Öffentlichkeit vermissen muss sich bei uns finden.

R e n n e r :

Ich möchte an die Ausführungen des Staatssekretärs F e u l anknüpfen. Wir mussten zur Ueberzeugung kommen, dass wir aus den Erörterungen nicht das Material gewinnen können, um der Bevölkerung zu sagen, was von Woche zu Wo-



ehe geschieht. Die Erörterungen haben sich durchaus auf die Grundlinien bezogen und hatten einen mehr theoretischen Charakter. Die Tat ist davon aber sehr weit entfernt, denn es wäre das Entscheidende gewesen, uns Massregel für Massregel den Plan zu geben, und mit einem Worte die Gesetzesvorlagen zu bringen. Solange wir diese nicht haben kann keine fruchtbare Diskussion eintreten. Denn es handelt sich darum, positive Massnahmen zu gewinnen.

Ich stelle fest, dass sich in den eigentlichen Hauptgrundsätzen durch die Debatte eine beträchtliche Annäherung ergeben hat. Dass in den Einzelfragen jedoch strittig geblieben ist und besonders die wichtige Frage des Masses in den Dingen noch offen gelassen wurde, darf nicht verwundenn. Aber in diesen Fragen kann man ein Endurteil erst fällen, wenn man die staatsfinanziellen Fragen im Zusammenhang setzt mit den, was wir volkswirtschaftlich und wirtschaftspolitisch tun wollen. Diesen Zusammenhang hat auch der Hinweis des St. S. S t ü c k l e r beleuchtet, dass man gegenüber der Landwirtschaft ein Zwangssystem einführen könne und Dr. B a u e r darauf erwiderte, dass dann auch eine andere Gestaltung der Vermögensabgabe möglich wäre. Wir können im Einzelnen die Vermögensabgabe ganz verschieden gestalten, je nachdem, welche Richtung der Wirtschaft wir wollen. Darum kann die Klärung erst dann erfolgen, wenn wir über die allgemeine Wirtschaftspolitik des Kabinettes schlüssig geworden sind, so bezüglich der Getreidefrage, der Zentralen, der Freise und Löhne u. s. w. Es muss erst die Volkswirtschaftspolitik geklärt werden, wozu für das Kabinett der Augenblick bald gekommen sein wird. In letzter Linie hat über die



Einzelheiten das Parlament die Entscheidung zu fallen sodass wir diese Debatte auf Tage aussetzen können. Einstweilen haben wir uns zu fragen, welche allgemeine Wirtschaftspolitik wollen wir einschlagen und wie soll sich ihr die Finanzpolitik einordnen. Das soll aber nicht hindern, dass das Finanzamt hinsichtlich dessen, was bereits feststeht, Anträge über die nächsten Schritte stellt. Wir werden dann etwas später auf die Angelegenheit wieder zurück kommen.

Ueber das Ergebnis der heutigen Beratung möchte ich folgendes Kommuniqué ausgeben:

